



VAJA
Verein zur Förderung
akzeptierender
Jugendarbeit

Karin Bleiß (VAJA e.V.)
Kurt Möller (Wissenschaftliche Begleitung)
Cornelius Peltz (VAJA e.V.)
Dennis Rosenbaum (VAJA e.V.)
Imke Sonnenberg (VAJA e.V.)

Distanz(ierung) durch Integration

**Das Bremer Konzept zur Bearbeitung
rechtsextremer und menschenfeindlicher
Orientierungen bei Jugendlichen durch aufsuchende
Jugendarbeit**

Bremen 2004

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Zusammenfassung	1
2. Ausgangslage	1
2.1 Praxisbezogene Ausgangspunkte	1
2.2 Empirische Erkenntnisse und theoretische Anknüpfungen	4
3. Ziele	11
3.1 Konsequenzen aus der Analyse der Ausgangslage für Schwerpunktsetzungen der Arbeit	12
3.2 Zielgruppenspezifizierung	12
3.3 Zieldimensionen und Indikatoren der Zielerreichung	13
4. Inhalte und Vorgehensweisen	21
4.1 Arbeitsbereiche und -methoden	21
4.1.1 Sozialraumanalyse	21
4.1.2 Streetwork	22
4.1.3 Cliques-, Gruppen- und Szenearbeit	23
4.1.4 Einzelfallhilfe	24
4.1.5 Projektangebote	25
4.1.6 Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit	26
4.1.7 Kooperative Vernetzung	27
4.2 Arbeitsphasen	27
4.2.1 Eruierungs- und Kontaktphase	28
4.2.2 Phase des Vertrauensaufbaus	28
4.2.3 Phase der Konsolidierung	29
4.2.4 Ablösungsphase	30
5. Rahmenbedingungen	30
5.1 Personelle Voraussetzungen	30
5.2 Materielle Erfordernisse	31
5.3 Fachliche Begleitung/Reflexion	31
6. Konzeptevaluation und Qualitätsentwicklung	31

1. Zusammenfassung

Aufsuchende Jugendarbeit ist und bleibt ein aussichtsreiches Konzept Sozialer Arbeit zur Bearbeitung von rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen. Allerdings hat sich das Arbeitsfeld auf neue Herausforderungen einzustellen, die aus Veränderungsprozessen innerhalb der Cliques, Szenen und Milieus der AdressatInnen einerseits und aus aktuellen theoretischen und empirischen Erkenntnissen der Wissenschaft über die Problemlage andererseits resultieren. Zu ihnen gehört neben der Einsicht, dass die Problematik sich keinesfalls de facto abschwächt, sondern sich allenfalls aus dem Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit verlagert, vor allem das angewachsene Wissen um die engen Verknüpfungen zwischen rechtem Extremismus und anderen Aspekten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie um die grundlegende Bedeutung von gesellschaftlichen Integrationserfahrungen für die Entwicklung von Distanz zu un- und antidemokratischen Denk- und Handlungsweisen.

Das hier vorgelegte Konzept zielt deshalb auf eine Distanzierung von rechtsextremen Orientierungen im Kontext weiterer, damit zusammenhängender Elemente menschenfeindlicher Haltungen, wie Heterophobie, Sexismus u.a., ab und strebt dafür die Förderung persönlicher Kompetenzen zu gewaltfreier und demokratischer Lebensbewältigung in Verbindung mit der Vermittlung von Erfahrungen gesellschaftlicher Integration für die AdressatInnen an.

In Konzentration auf einschlägig auffällige Zielgruppen jüngerer Jugendlicher wird ein sozialraumorientierter Ansatz verfolgt, der in Vernetzung mit anderen sozialen und pädagogischen Einrichtungen, Behörden und Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure interventiv und präventiv tätig wird. Wesentliche Arbeitsinhalte und Vorgehensweisen erschließen sich über Sozialraumanalyse, Streetwork, Einzelfallhilfe, Cliques-, Gruppen- und Szenearbeit, Projektangebote, Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit sowie kooperative Vernetzungen; projektierte Arbeitsphasen reflektieren die verschiedenen Stufen von Sachstandseruierung und Kontaktierung, Vertrauensaufbau, Konsolidierung der Arbeitsbeziehungen und Ablösung.

Die Realisierung des Konzepts benötigt bestimmte Rahmenbedingungen sowie die Sicherung und Weiterentwicklung seiner Qualität durch eine evaluative Begleitung.

2. Ausgangslage

Eine sachlich, zeitlich, räumlich und sozial angemessene Konzeption muss auf einer gründlichen Analyse des aktuellen Ist-Zustands aufbauen. Diesbezüglich sind einerseits praxisbezogene Beobachtungen (vgl. 2.1), andererseits wissenschaftliche Erkenntnisse (vgl. 2.2) von entscheidender Relevanz.

2.1 Praxisbezogene Ausgangspunkte

Aufsuchende Jugendarbeit hat sich als ein adäquates sozialarbeiterisches und -pädagogisches Konzept erwiesen, um rechtsextrem orientierte

Jugendliche zu erreichen, sich mit ihnen über ihre Einstellungs- und Handlungsmuster auseinanderzusetzen und einen allmählichen Abbau ihrer politischen Orientierung sowie ihrer Gewaltbereitschaft zu erzielen (vgl. Krafeld 2004). Allerdings haben sich seit der konzeptionellen Entwicklung und praktischen Umsetzung dieses pädagogischen Konzepts im Rahmen von akzeptierender Jugendarbeit (vgl. Krafeld 1996) von Ende der 80er Jahre bis heute Veränderungen im Arbeitsfeld ergeben, die neue Herausforderungen bilden und Aktualisierungen der Sozialen Arbeit erfordern.

Nach den Beobachtungen der Praxis Sozialer Arbeit innerhalb Bremens - aber vielerorts auch bundesweit - ist insbesondere festzustellen:

- Die Präsenz rechtsextrem auffälliger Jugendlicher auf der Straße nimmt ab. Öffentliche Treffpunkte in den Stadtteilen gibt es nur noch selten. Aufgrund dessen wird das Phänomen Rechtsextremismus trotz seiner Weiterexistenz, ja sogar nachweislicher Verschärfung (vgl. 2.2) in der Öffentlichkeit häufig weniger wahrgenommen. Dieser Umstand erwächst aus dem Zusammenhang mit weiteren Entwicklungen:
- Aus der Diskussion um das NPD-Verbot und den damit im Zusammenhang stehenden Polizeimaßnahmen und Presseberichten resultiert zum einen ein erhöhter Beobachtungs- und Repressionsdruck auf Mitglieder rechtsextremer Szenen, zum anderen werden innerhalb der NPD bzw. ihrer Jugendorganisation Anweisungen gegeben, kriminelle und insbesondere gewalttätige Verhaltensweisen sowie ein provokatives rechtsextremes Outfit zu vermeiden.
- Schien sich noch bis vor kurzem abzuzeichnen, dass die NPD mit ihrer Jugendorganisation als nicht verbotene Partei für Jugendliche an Attraktivität zu verlieren beginnt und rechtsextreme Kameradschaften und andere losere Organisationsformen auf ihre Kosten verstärkt an Bedeutung gewinnen, so zeigen die der breiten Öffentlichkeit erstmals im Ergebnis der saarländischen Landtagswahlen vom September 2004 deutlich gewordenen Sympathiegewinne und Rekrutierungserfolge der NPD im Umfeld des Protestes gegen die neuen Sozialreformen, dass diese Partei weiterhin Mobilisierungschancen besitzt. Die jüngsten Wahlanalysen bestätigen erneut das seit längerem bekannte wissenschaftliche Wissen über die sozialstatistischen Spezifika der besonders stark Anfälligen: Empfänglich für rechtsextreme Ansprachen, Parolen und Ideologeme sind gerade die jungen Altersgruppen aus den schlecht integrierten Bevölkerungskreisen (z.B. einfache Arbeiter und Arbeitslose) und hier insbesondere das männliche Geschlecht. Offensichtlich ist hier ein Personenpotenzial nachgewachsen, in dessen Jugendphase der Aufbau von Resistenzfaktoren vernachlässigt wurde.
- Ehemals eindeutige Stilmerkmale und Symbole werden modifiziert, verdeckt verwendet oder vermieden, ohne damit die extreme politische Haltung aufzugeben.
- Rechtsextreme Akteure nutzen Großveranstaltungen mit Partycharakter (wie z.B. die Feier der deutschen Fußballmeisterschaft und die Vision-

Parade in Bremen), um Jugendliche in ausgelassener Stimmungslage gezielt und offensiv anzusprechen und Propagandamaterial an sie zu verteilen. In diesem Zusammenhang ist auch die seit Juni 2004 geplante CD-Verteil-Aktion der extremen Rechten zu sehen, bei der rund 250.000 Multimedia-CDs mit rechtsextremen Inhalten kostenlos im Umfeld von Schulen im gesamten Bundesgebiet an Jugendliche abgegeben werden sollen.

- Rechtsextremismus diffundiert in andere Jugendkulturen. D.h. homogene, in sich geschlossene rechtsextrem orientierte Jugendcliquen treten inzwischen seltener auf. Stattdessen gibt es zunehmend heterogene Cliques und Szenen, in denen unterschiedliche Orientierungen, Verhaltensweisen und Stilmerkmale nebeneinander existieren. Es finden sich hier sowohl Jugendliche mit manifesten oder latenten rechtsextremen Einstellungs- und Verhaltensmustern als auch Jugendliche, die sich ihnen gegenüber ambivalent verhalten, sich von diesen distanzieren und/oder sogar situativ demokratische Denk- und Verhaltensweisen vorziehen.
- Die wachsende mediale Vernetzung der rechtsextremen Szene führt dazu, dass sich nicht mehr in dem Ausmaß wie früher lokal oder sublokal begrenzte Kristallisationspunkte bilden. Insbesondere dem Internet kommt dabei eine zentrale Rolle zu (vgl. auch Verfassungsschutzbericht 2003). Es wird als Informationsplattform (Homepages verschiedener rechtsextremer Organisationen und Personen), als Kommunikationsmittel (E-Mail, rechtsextreme Chat-Rooms oder Gästebücher), als Organisationsmedium (kurzfristig mögliche Mitteilung von Treffpunkten für z.B. Kundgebungen oder Rechtsrock-Konzerte), als Bestellkatalog für szeneübliche Accessoires (Kleidung, Propagandamaterial, Rechtsrock-CDs etc.) oder als Spielelieferant (rechtsextreme Computerspiele) verwendet. Der Austausch von Person zu Person wird immer weniger notwendig, um mit der rechtsextremen Szene und ihrer Ideologie in Kontakt zu kommen oder zu bleiben.
- Die bildhafte und personenbezogene Berichterstattung über die rechtsextreme Szene in den regionalen und überregionalen Medien hat Auswirkungen auf deren öffentliche Präsenz. Die Visualisierung und damit Identifizierung der Täter führt zu einem Bedeutungszuwachs konspirativen Vorgehens.
- Nicht nur in Bremen zeigt sich, dass rechtsextreme Kader verdeckter als früher in bestimmten Stadtteilen die Rekrutierung von Jugendlichen forcieren und dabei insbesondere auch, anders als früher, bereits 12-14jährige ansprechen. Ihnen gelingt es oft, Kontakt zu diesen Jugendlichen herzustellen und sehr schnell starken Einfluss auf sie zu gewinnen. Dies zieht u.a. die Folge nach sich, dass die Jugendlichen die Anweisung erhalten, den Kontakt zu StraßensozialarbeiterInnen zu vermeiden bzw. abubrechen. Stattdessen organisieren die rechtsextremen Kader in privaten Räumen Treffen und Schulungen.

Eine Soziale Arbeit, die diesen Entwicklungen Rechnung tragen will, muss sich neu orientieren, um adäquate Konsequenzen ziehen zu können.

2.2 Empirische Erkenntnisse und theoretische Anknüpfungen

Eine wissenschaftlich fundierte Sicht auf aktuelle Phänomene von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und damit in Zusammenhang stehende Gewalt bestätigt die Relevanz der oben referierten Beobachtungen der sozialen Praxis und fördert zudem zu Tage: Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit sich im Laufe der 90er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausend zunehmend abzuschwächen scheint, so haben doch die genannten Problematiken zu Beginn des 21sten Jahrhunderts nichts an Aktualität und Schärfe verloren. Mehr noch: Die Problemlagen haben sich verhaltens- und einstellungsbezogen zugespitzt, während – was ihre Gefährlichkeit noch potenziert – der Grad ihrer gesellschaftlichen Skandalisierung zurückgeht:

- Die Zahl der rechtsextrem konturierten *Straftaten* hat 2002 mit fast 11.000 Fällen und einer Steigerung von 8,4 % gegenüber dem Vorjahr ein Rekordniveau erreicht (vgl. Verfassungsschutzbericht 2002), das sich 2003 noch einmal konsolidiert zeigt (vgl. Verfassungsschutzbericht 2003, 29).
- Die Zunahme der *Gewalttaten* liegt im selben Trend (im Jahr 2001: 709, 2002: 772, 2003: 759).
- Insgesamt zeigt sich bundesweit darüber hinaus, dass die *Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten* bis zum Jahr 2002 seit neun Jahren kontinuierlich angestiegen ist. Ihr Anwachsen ist erst seit 2003 (10.000 Personen) vorerst (?) zum Stoppen gekommen, wogegen die Zahl der Neonazis noch einmal im Vergleich zum Vorjahr um 15% stieg (vgl. ebd., 26).
- Die einschlägige *Szene*, insbesondere die subkulturell geprägte Skinhead-Szene, hat „weiteren Zulauf von Jugendlichen“ (Verfassungsschutzbericht 2002, 22) erhalten, auch wenn rechtsextreme politische Haltungen zunehmend weniger offen im Cliquenverband demonstriert, szeneförmiger organisiert, stärker stilistisch und symbolisch codiert, damit der Registrierbarkeit von Nicht-Insidern tendenziell entzogen und extrem rechte Orientierungen auch in Jugendszenen beobachtet werden, die bislang diesbezüglich nicht oder kaum aufgefallen sind (z.B. von der „Schwarzen Szene“ bis hinein in Segmente des HipHop; vgl. Agentur für soziale Perspektiven 2002; Dornbusch/Raabe 2002; Speit 2002; Röpke/Speit 2004)
- Auch auf der Ebene der rechtsextrem geprägten *Einstellungssyndrome* ist keine Entwarnung zu geben. Ungleichheitsvorstellungen in Verbindung mit Gewaltakzeptanz (zu dieser Definition von rechtsextremen Orientierungen vgl. Möller 2000) sind weit verbreitet. Repräsentative Befunde der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer, des wohl bekanntesten deutschen Rechtsextremismusforschers, zum Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit¹ unter ab

¹ Das Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beinhaltet eine Erweiterung des Rechtsextremismus-Konzepts um Aspekte, die über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus - die in der

16jährigen Einwohnern und Einwohnerinnen Deutschlands (unter den insgesamt 3000 Befragten nur 69 AusländerInnen) registrieren ein zwischen 2002 und 2003 angewachsenes rechtspopulistisches Potential bei mehr als 25%, wobei besonders demokratiegefährdend erscheint, dass seine TrägerInnen sich zu 2/3 selbst in der politischen Mitte einstufen und zu 83% die großen Volksparteien wählen. Weitere einschlägige Daten dieser Studie weisen aktuell aus (vgl. Heitmeyer 2002, 2003):

- *Rassistische Auffassungen* finden sich bei bis zu 21% der deutschen Bevölkerung.
- *Fremdenfeindlichkeit* zeigt sich darin, dass mehr als 59% glauben, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben und 30% bei Arbeitsplätzeknappheit Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückschicken wollen.
- 23% geben *antisemitische Einstellungen* zu erkennen, indem sie behaupten, Juden hätten zuviel Einfluss in Deutschland. Mehr als jeder sechste weist Juden sogar eine Mitschuld an ihren Verfolgungen zu.
- *Heterophobie* weisen 36% der Bevölkerung z.B. in der Hinsicht auf, dass sie Homosexualität für „Ekel“ erregend erklären. 46% halten Obdachlose für unangenehm; 35% fordern rabiät, sie aus Fußgängerzonen zu entfernen. 46% halten das Tragen von Kopftüchern bei muslimischen Frauen aus religiösen Gründen für schlimm.
- *Etabliertenvorrechte* reklamieren 58%. Für 34% sollten Einheimische mehr Rechte haben als später Zugezogene.
- Ein teilweise subtiler *Sexismus* drückt sich darin aus, dass 45% die Diskriminierung von Frauen in Deutschland nicht für problematisch halten und gut 30% Frauen wieder auf ihre traditionellen Rollen begrenzt sehen wollen.

Eine Angleichung der Geschlechter scheint sich bei solchen Auffassungen weiter zu vollziehen. In den Segmenten rassistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen, sowie bei Etabliertenvorrechten dominieren inzwischen bereits weibliche Befragte.

Rechtsextremismusforschung am meisten benutzten Syndromfacetten - hinausgehen. Sie wurde vorgenommen, weil empirisch feststellbar ist, dass Ungleichheitsvorstellungen samt der oft mit ihnen verbundenen Abwertungen im politisch-sozialen Interaktionsfeld von verschiedenen sozialen Gruppierungen häufig auch wechselseitig vorgenommen werden. So existieren sie zwischen den Geschlechtern oder generell unter Einheimischen im Hinblick auf Abgrenzungen und Diskriminierung(sbereitschaften) gegenüber Menschen mit anderer sexueller Orientierung (z.B. Homosexualität) oder anderem ökonomisch-sozialem Status (z.B. Obdachlose). Auch unter Migranten und Migrantinnen, etwa zwischen AsylbewerberInnen, AussiedlerInnen und ausländischen ArbeitnehmerInnen oder zwischen Kurden und Türken aus der Türkei, sind sie verbreitet. Das Konstrukt umfasst deshalb eine Spannweite von 6 teils miteinander verbundenen Elementen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Antisemitismus, Heterophobie und Sexismus (detaillierter vgl. Heitmeyer 2002, 2003).

Für den Praxiszusammenhang der pädagogischen und sozialarbeiterischen, besonders der jugendarbeiterischen Bekämpfung von phobischen, aversiven, abwertenden, diskriminierenden, feindseligen und gewaltförmigen Haltungen gegenüber Mitgliedern von Gruppen, die als Gegner definiert werden, ist das Konstrukt deshalb besonders weiterführend, weil es die Veränderungen und Erweiterungen der für feindselige Haltungen anfälligen Gruppierungen berücksichtigt. Eine Orientierung an ihm ist insofern auch für eine Soziale Arbeit fruchtbar, deren Zielgruppen sich nicht unbedingt in Zentrum und Umfeld des politischen Rechtsextremismus im engeren Sinne befinden, jedoch Einstellungen und Verhaltensweisen aufweisen, die ebenfalls gruppenbezogene – und nicht nur interindividuelle – Feindseligkeiten und oder Gewaltförmigkeiten beinhalten.

Gilt diese Analyse bundesweit, so zeigt sich speziell für Bremer Verhältnisse nach Erkenntnissen des Landesverfassungsschutzes:

- Es existiert eine landesweite Gruppierung von Hammer-Skins als elitärer Zusammenschluss von Skinheads (vgl. Verfassungsschutzbericht Bremen 2002, 31).
- Ein bedeutender Identifikations- und Rekrutierungsfaktor für die gesamte Szene geht von rechtsextremer Skinhead-Musik aus. In Bremen sind weithin, z.T. sogar international bekannte Skinhead-Bands ansässig, u.a. „Nahkampf“, „Endlöser“ und „Rufmord“. „Einschlägige Konzerte wurden wiederholt unter maßgeblicher Beteiligung Bremer Neonazis im niedersächsischen Umland veranstaltet“ (ebd., 32).
- „Die neo-nationalsozialistische ‚Kameradschaft Bremen‘ hat sich personell gefestigt“ (ebd., 32) und nutzt überregionale Kommunikationsnetze unter anderem zur verbotenen Skin-Organisation „Blood and Honour“. Gemeinsam mit dem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ werden ideologische Schulungsveranstaltungen durchgeführt.
- „Der Bremer NPD-Landesvorstand hat sich im Berichtsjahr der Gewinnung junger Mitglieder gewidmet, um seinen Jugendverband ‚Junge Nationaldemokraten-Stützpunkt Bremen‘ zu aktivieren...“ (ebd., 19).
- Insbesondere in Bremen Nord und im Stadtteil Horn-Lehe haben Gruppierungen „mit rechtsextremen Verhaltensweisen verstärkt auf sich aufmerksam gemacht“ (ebd., S.30), deren Mitglieder zum Teil Organisations- und Kameradschaftskontakte besitzen. Als Mobilisierungspotential für Kameradschaften existieren „Zusammenschlüsse junger Männer mit Skinheadvorlauf“ „an der Bremer Peripherie“ (ebd., 29).

Nachdem die Einschätzungen des Verfassungsschutzes des Landes Bremen 2003 eher eine Stagnation und teilweise auch einen Rückgang der Gefahrenlage zu erkennen gegeben haben, bleibt aktuell abzuwarten, inwieweit sich die im Zuge des Protestes an den neuen Sozialgesetzgebungen (Stichwort Hartz IV) entzündenden Proteste auch im Lande Bremen dem organisierten Rechtsextremismus neuen Nährboden bieten und sich damit der seit Mitte/Ende der 80er Jahre zeigende langfristige Trend eines Erstarkens politischer Rechtsaußenpositionen fortsetzt.

Im Stadtteil Horn-Lehe ist der bis 2003 amtierende JN-Stützpunktleiter Bremen ansässig, der u.a. Jugendarbeit im parteistrategischen Sinne der Rekrutierung junger Mitglieder propagiert und Anziehungskraft auf Jugendliche ausübt; dies vermutlich um so mehr, je weniger es gelingt, Gegenpole über Jugend- und Sozialarbeit aufzubauen. Aus anderen Städten (gegenwärtig insbesondere deutlich im Südosten Berlins) ist bekannt, dass Rechtsextreme aktuell dort überall enormen Zulauf erhalten, wo eine nicht notwendigerweise parteigebundene Art von ‚National-Sozialarbeit‘ aufgebaut wird, um Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen und erst im Anschluss daran die ideologische Beeinflussung vollends zu entfalten. Diese Strategie scheint auch für Bremen Relevanz zu gewinnen.

Aber auch unterhalb der Aktivitäten von Akteuren aus dem organisierten rechtsextremen Spektrum offenbart sich die anhaltende Brisanz der Problemlage: In der 2003 erstellten „Bremer Schülerbefragung zum Thema Gewalterfahrungen und extremistische Deutungsmuster“ (Leithäuser 2003) wird festgestellt, dass fast die Hälfte der über 4000 befragten Schüler Vorbehalte gegenüber ausländischen Mitschülern formuliert (ebd., 83). Nach dieser Studie stimmt mehr als jeder fünfte einheimische Schüler (21,6%), an einer bestimmten Berufsschule sogar fast jeder dritte (31,4%), im Land Bremen der von rechtsextremen Parteien benutzten und u.a. auch zur Wahlwerbung eingesetzten Parole ‚Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!‘ zu (ebd., 86ff). Die durch Zuwanderung gesteigerte kulturelle Vielfalt „wird in hohem Maße als belastende Herausforderung und weniger als kulturelle Bereicherung“ (ebd., 32) empfunden. So stimmen der Aussage, dass Ausländer oft „kriminell“ und „primitiv“ seien, 44,8% der einheimischen Befragten der Sekundarstufe I und sogar 50,9% der Sekundarstufe II zu (ebd., 31). Es wird offenbar daraus gefolgert, die Zuwanderung von Ausländern müsse stark eingeschränkt werden. Mehr als die Hälfte der befragten beider Schulstufen sieht dies so (ebd., 33). Mehr als 5% hegen explizite Sympathien für die Neonazi-Szene, 15% haben gar keine parteipolitischen Präferenzen – ein Umstand, der angesichts der Erkenntnis, dass rechtsextreme Parteien bei Wahlerfolgen rund 2/3 ihrer Stimmen aus dem Nichtwähler-Pool fischen, bedenklich stimmt. Die Autoren stellen fest, dass „die Neonazi-Szene ein erhebliches Rekrutierungspotential in den Schulen“ (ebd., 36) besitzt. Es wird außerdem hervorgehoben, dass bei Schülern im Alter zwischen 12 und 16 weder der Ausländeranteil an den Schulen noch die Sozialstruktur des Standortes nennenswerte Einflüsse auf das Ausmaß rechtsextremer Positionen und auf Sympathien für rechtsextreme Gruppierungen darstellen (ebd.). Auch die sozial durchschnittlichen und bessergestellten Stadtteile sind gefährdet. Sie scheinen zumindest rechtspopulistisches Potenzial zu bergen.

Jugendliche neigen bekanntlich insbesondere zu auffälligen subkulturellen Formen des Rechtsextremismus und junge Menschen sind vor allem bei den Gewalt- und sonstigen Straftaten erheblich überrepräsentiert. Dabei zeigt sich, dass sie bereits in der frühen Jugendphase und zu Beginn des Stadiums manifester politischer Sozialisation (oft im Alter von 12, 13 Jahren) in das rechtsextreme Orientierungsnetz hineinwachsen (vgl. z.B. Möller 2000; Zentrum Demokratische Kultur, 70). Zu bedenken ist angesichts von Verbreitungsdaten zu Bestandteilen bzw. Kontextvariablen rechtsextremer Orientierungen wie den obigen aber insbesondere, dass sie in ihren Sozialisationskontexten häufig Ansichten und Haltungen von Erwachsenen ausgesetzt sind, die einen gefährlichen Nähr- und Resonanzboden bilden, so dass erhebliche Gefährdungen für eine demokratische Entwicklung auch dort lauern, wo sie noch nicht unbedingt offen zu Tage getreten sind. Dauerhafte Demokratiesicherung setzt insofern Strategien voraus, die im Stande sind, nicht allein auf Auffälligkeiten und bekannt gewordene Auswüchse rechtsextremer Aggression zu reagieren, sondern bereits dort anzusetzen, wo rechtsextreme Auffassungen sozialisatorisch im Entstehen begriffen sind. Gefordert ist mithin eine Doppelstrategie der interventiven Förderung

von Distanzierung bei bereits rechtsextrem Orientierten einerseits und der präventiven Stützung und Erweiterung von vorhandenen Distanzfaktoren andererseits.

Dabei ist zu beachten, dass die Wahrscheinlichkeit, von vornherein Distanz gegenüber rechtsextremen Orientierungen aufzubauen bzw. Distanzierungen gegenüber bereits vorhandenen rechtsextremen Orientierungen und Gewaltakzeptanz vorzunehmen unter bestimmten Bedingungen steigt. Diesbezügliche Hauptaspekte betreffen (vgl. Möller 2000, v.a. 310-312)

- verlässliche Beziehungen zu den Eltern,
- sinnstiftende Schulerfahrungen mit der Möglichkeit zum Aufbau von Selbstwert,
- politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten,
- extremismus-, ausgrenzungs- und gewaltdistanzierende Haltungen des sozialen Umfelds der Betroffenen,
- die Entdeckung biographisch neuartiger Quellen von Selbstwerterleben und Anerkennung außerhalb rechtsextrem (und menschenfeindlich) geprägter Cliques und Szenen,
- die Verfügbarkeit über öffentlichen Raum und die Vermeidung territorialer Konflikte,
- den Zugewinn an personaler Kompetenz, vor allem in Hinsicht auf Reflexionsvermögen und Empathie sowie die Entwicklung gewaltferner männlicher Identität,
- die Distanz zu Gewaltakzeptanz überhaupt.

Entsprechend muss Soziale Arbeit darauf ausgerichtet sein, solche Distanz- und Distanzierungskonstellationen – soweit vorhanden – zu sichern und im Falle ihres Mangels oder ihres gänzlichen Fehlens aufzubauen; letzteres schwerpunktmäßig gerade in solchen Umfeldern der nachwachsenden Generation, in denen die oben genannten Gefährdungen in Richtung auf eine Normalisierung von Beständen von Menschenfeindlichkeit und ihre Mobilisierung und Instrumentalisierung durch Mitglieder von rechtsextremen Organisationen in erkennbarer Weise kulminieren.

Derartige Sozialräume finden sich besonders dort, wo Menschen soziale Desintegration erleiden bzw. von sozialer Desintegration bedroht sind (zum Konzept vgl. Anhut/Heitmeyer 2000), also dort, wo ein Fehlen oder eine Aufweichung von objektiver und subjektiv empfundener sozialer Integration vorliegt. Integration wiederum lässt sich im Anschluss an Lockwood (1969) und Habermas (1981) analytisch in Systemintegration und Sozialintegration zerlegen (hierzu und zum folgenden vgl. Schaubild 1).

Integrationsformen		
individuell-funktionale Systemintegration	gesellschaftliche Sozialintegration	gemeinschaftliche Sozialintegration
<p>1a) <u>Positionale Zugehörigkeit</u> zu Strukturen von Teilsystemen</p>	<p>1b) <u>Kommunikativ-interaktive(r) Zugang / Zugehörigkeit</u> zu intermediären Instanzen</p>	<p>1c) <u>Lebensweltliche affektuelle und/oder habituelle Zugehörigkeit</u> zu Primärgruppen</p>
<p>2a) <u>Partizipation an materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft</u></p> <p><u>Partizipationsmedium:</u> Rechtsgleichheit Sprache Macht Besitz Geld/Konsum Instrumentelle Leistung</p>	<p>2b) <u>Partizipation an öffentlichen Diskurs- und Entscheidungs- prozessen</u></p> <p><u>Partizipationsmedium:</u> Abstrakt-funktionale kommunikative Leistungen und Kompetenzen der Interessendurchsetzung und des Interessenausgleichs</p>	<p>2c) <u>Partizipation an kulturell tradierten und/oder emotionalen Beziehungen und anderen Milieuressourcen</u></p> <p><u>Partizipationsmedium:</u> Liebe / Zuneigung Lebensweltliche Konventionen / Tradition</p>
<p>3a) <u>Anerkennungsformen:</u> Status materielles Prestige</p>	<p>3b) <u>Anerkennungsformen:</u> Wechselseitige Anerkennung universalistischer Normen (z.B. Gerechtigkeit, Gleichberechtigung) und soziale Wertschätzung</p>	<p>3c) <u>Anerkennungsformen:</u> Wechselseitige Anerkennung partikularistischer Normen und persönliche Wertschätzung</p>

Schaubild 1: (vgl. auch Anhut/Heitmeyer 2000 und Möller 2002a)

Unter Systemintegration verstehen wir nicht nur die funktionale Passung der Subsysteme eines Systems (im Schaubild nicht aufgeführt), sondern auch die aus der Perspektive des Subjekts anvisierte *individuell-funktionale* Integration. Hier gehen wir über das klassische Verständnis dieses Begriffs hinaus. Sozialintegration lässt sich in zwei Elemente teilen: Im Anschluss an Max Weber (vgl. 1980) unterscheiden wir hier *gesellschaftliche* und *gemeinschaftliche* Sozialintegration. Die Akzeptanz eines Subjekts ergibt sich in den zuletzt genannten drei Bereichen im Wesentlichen aus drei

Elementen:

1. *Zugehörigkeit* zu wichtigen gesellschaftlichen Teilsystemen und sozialen Einheiten,
2. *Partizipation* an den von ihnen zur Verfügung gehaltenen Ressourcen,
3. *Anerkennung* als gesellschaftlich relevantes Subjekt und als Persönlichkeit, die als Individuum wertgeschätzt wird.

Auf der Ebene der Zugehörigkeit wird individuell-funktionale Systemintegration durch positionale Zugehörigkeiten zu Strukturen von Teilsystemen sichergestellt; etwa durch die Einnahme von Positionen im Beschäftigten- oder Bildungssystem. Zugehörigkeiten und Zugänge im Bereich der gesellschaftlichen Sozialintegration hingegen zielen auf eine kommunikativ-interaktive Präsenz in intermediären Instanzen (Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbänden etc.). Während diese beiden Zugehörigkeitsformen öffentlich zu erwerben sind, stellt sich gemeinschaftliche Sozialintegration über lebensweltlich gegebene habituelle und affektuelle Zugehörigkeiten zu Primärgruppen her (Familie, Verwandtschaft, unmittelbarer Bekanntschaftskreis und andere face-to-face-Beziehungen).

Entsprechend differieren die Partizipationsweisen: Regelt positionale Zugehörigkeit zu Systemstrukturen die Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft, so stehen unter Gesichtspunkten kommunikativ-interaktiver Zugehörigkeiten zu intermediären Instanzen Teilhabemöglichkeiten an öffentlichen Diskurs- und Entscheidungsprozessen, unter Aspekten lebensweltlicher Zugehörigkeiten Partizipation an kulturell tradierten und emotionalen Beziehungen sowie an sonstigen Milieuressourcen im Mittelpunkt.

Die Medien, über die die jeweilige Partizipationsweise gewährleistet werden soll, unterscheiden sich ebenfalls erheblich: Systemintegrative Partizipation erfolgt über Medien wie die Garantie von Rechtsgleichheit, aber auch Sprache, Macht, Besitz, Geld/Konsum, Bildung/Qualifikation und instrumentelle Leistung. Gesellschaftliche Sozialintegration mit ihren jeweiligen Partizipationsweisen wird dagegen primär über abstrakt-funktionale kommunikative Leistungen (vor allem solchen der Interessendurchsetzung und des Interessenausgleichs) aufgebaut. In gemeinschaftlichen Primärgruppen wird demgegenüber Teilhabe über die Gemeinsamkeit lebensweltlicher Traditionen und Konventionen und/oder über emotionale Zuwendungen erfahren.

Entsprechend weichen die Anerkennungsformen in den drei Bereichen voneinander ab und nehmen jeweils spezifische Gestalt an. Im Bereich der systemintegrativen Zugehörigkeit und Partizipation wird Anerkennung im Wesentlichen über den eingenommenen Status erworben. Insbesondere schlägt materielles Prestige zu Buche. Die beiden Formen der Sozialintegration hingegen sind auf wechselseitige Anerkennung hin angelegt. Auf der Ebene des Gesellschaftlichen steht das Teilen universalistischer Werte im Zentrum der Anerkennungsprozesse: Werte wie Gleichberechtigung der Subjekte, Gewaltfreiheit bzw. Monopolisierung von Gewaltausübung beim Staate etc. steuern – jedenfalls dem Anspruch nach – soziale

Wertschätzung. Gemeinschaftlich organisierte Primärgruppen können in ihrer Normorientierung davon durchaus abweichen, indem sie partikularistische, nur für ihre eigenen Verkehrskreise geltende Normen ausprägen und neben emotionalen Bezügen über sie persönliche Wertschätzung vermitteln.

Wo statt Integration Desintegration herrscht oder droht, wird die Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft (bspw. in den Bereichen von Wohnen, Arbeiten, Kinderversorgung etc.) sowie die politische Partizipation (bspw. die Empfindung von realisierbarem Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht in Fragen, die den unmittelbaren Lebensbereich, etwa den Wohnblock, das Quartier oder den Stadtteil betreffen) prekär. In der Wahrnehmung von Einzelnen und kleiner Gruppen dünne sich die Chancen auf Anerkennung als gleichberechtigte Subjekte aus (Beispiel: „Uns nimmt ja eh keiner wahr und ernst“), das Vertrauen in Institutionen (Arbeitsämter, Stadtverwaltung, Schulen etc.) verflüchtigt und die Einbindung in sie verringert sich. Erfahrungen von Wertschätzung als bedeutsame Mitglieder sozialer Beziehungsgeflechte werden nicht mehr oder immer seltener gemacht. Empfindungen von relativer Deprivation, Anomie (Wahrnehmung von Regel- und Normlosigkeit und damit Unkalkulierbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse) und Bindungslosigkeit machen sich breit. Es entstehen negative Anerkennungsbilanzen, die dazu führen können, die Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit kaum beschwerdefähigen Minderheiten zu entziehen, um sich so über Abwertung, Diskriminierung und Ausgrenzung(sforderungen) einen Rest von Selbstachtung, Realitätskontrolle, Bestimmungsmacht oder auch scheinbare Überlegenheit zu sichern.

Für die junge Generation, die in derart geprägten Milieus aufwächst, stellen sich im Zuge ihrer politischen Sozialisation, also speziell in der Jugendphase, nur schwer zu bewältigende Herausforderungen von verschärfter Brisanz, weil von den sozialen Kontexten erhebliche Gefährdungen für die Übernahme demokratischer Auffassungen ausgehen, ja sich unter Umständen geradezu ein Anfälligkeitsdruck für besonders dort verbreitete un- und antidemokratische Haltungen aufbaut. Diesbezüglich kann beobachtet werden, dass in Gebieten, die von hoher aktueller sozialer Desintegration gekennzeichnet sind, rechtsextreme Affinitäten besonders häufig über die Manifestierung menschenfeindlicher Mentalitäten aufgebaut werden, während in den von sozialer Desintegration ‚nur‘ bedrohten, allerdings schon Übergangsbereiche zu Abstiegsquartieren aufweisenden Vierteln, eher über politisch-ideologische Angebote eine Rekrutierung durch Organisierte zu gelingen scheint.

3. Ziele

Realisierbare pädagogische/sozialarbeiterische Zielsetzungen machen bestimmte Schwerpunktsetzungen (vgl. 3.1) und Zielgruppenzentrierungen (vgl. 3.2) notwendig. Sie richten sich ferner ebenso an langfristigen Perspektiven aus wie sie in mittel- und kurzfristigem Zuschnitt deren (Teil-) Konkretisierungen zu benennen und Indikatoren für ihre realisierte Umsetzung anzugeben vermögen (vgl. 3.3).

3.1 Konsequenzen aus der Analyse der Ausgangslage für Schwerpunktsetzungen der Arbeit

Die adäquate sozial- und jugendarbeiterische Schlussfolgerung aus der skizzierten Problemlage besteht (nicht nur für Bremen) in einer vierfachen Schwerpunktsetzung:

1. Ergänzung von Intervention durch Prävention:

Vorhandene interventive Ansätze sind durch verstärkte Präventionsbemühungen zu ergänzen, die angesichts des biographisch frühzeitigen Entstehens rechtsextremer Orientierungen auch bereits auf jüngere Jugendliche und auf den Übergang von der Kindheit zur Jugendphase zielen müssen (vgl. Möller 2000). Dabei kommt neben Interventionen an aktuellen Brennpunkten der Sekundär- und Tertiärprävention für den Ansatz von VAJA herausgehobene Bedeutung zu.

2. Sozialraumorientierung:

Die Anstrengungen müssen in jenen Sozialräumen gebündelt werden, in denen existierende und in Entstehung begriffene Phänomene sozialer Desintegration, schleichende Normalisierungen von Menschenfeindlichkeit und/oder Rekrutierungsversuche rechtsextremer Organisationen die demokratische Entwicklung der nachwachsenden Generation in besonders brisanter Weise gefährden.

3. (Re-)Integrationsarbeit:

Da soziale Desintegrationserfahrungen rechtsextreme Orientierungen erheblich begünstigen, ist die Herstellung von gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die BewohnerInnen der betroffenen Sozialräume, insbesondere auch die Jugendlichen, sich integriert fühlen können, der Angelpunkt des Ansatzes. Soziale Arbeit „gegen rechts“ kann sich nämlich nicht allein darin erschöpfen, defensiv den Abbau individuell bestehender rechtsextremer Orientierungssyndrome und Verhaltensweisen sowie die Verhinderung rechtsextremer Ansprache zu betreiben.

4. Entwicklung von Lebensbewältigungskompetenz:

In der Arbeit mit Einzelnen und Gruppen ist besonderes Augenmerk offensiv auf die Stärkung von persönlichen Distanz- und Distanzierungsfaktoren zu legen, damit der Aufbau von Affinität zu antidemokratischen Orientierungen möglichst von vornherein unterbleibt, zumindest aber Ansätze dazu frühzeitig verhindert werden können.

3.2 Zielgruppenspezifizierung

Unser Arbeitsansatz richtet sich an junge Menschen, die feindselige Mentalitäten gegenüber Angehörigen von sozialen Gruppierungen aufweisen, denen sie nicht selber angehören. Er nimmt damit die neue(st)e wissenschaftliche Erkenntnis auf, wonach rechtsextreme Haltungen zu einem weiter gesteckten Syndrom der Menschenfeindlichkeit gehören und von dessen anderen Dimensionen weitreichend beeinflusst werden (vgl. 2.2, bes.

Fn.1). Aufgrund dessen erscheint eine isolierte pädagogische und sozialarbeiterische Bearbeitung rechtsextremer Ideologie bzw. ihrer Fragmente selbst dann obsolet, wenn – wie in diesem Konzept – eine Fokussierung auf die Menschenfeindlichkeitsdimension des Rechtsextremismus beibehalten werden soll. Stattdessen muss eine Breitbandstrategie verfolgt werden, die neben Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus u.a. auch jene Formen von Menschenfeindlichkeit in Gestalt von Heterophobie, Sexismus und Bestehen auf Etabliertenvorrechten einbezieht, die im Umfeld von Rechtsextremismus siedeln. Dementsprechend spielt es keine Rolle, welche Nationalität, welchen kulturellen Hintergrund, welches Geschlecht und welche jugendkulturelle Zugehörigkeit die AdressatInnen haben. Ausschlaggebend für eine professionelle Ansprache ist vielmehr, dass sie durch menschenfeindliche Haltungen sozial auffällig geworden sind und entweder von Mitgliedern der rechtsextremen Szene bzw. von menschenfeindlicher Propaganda angezogen werden oder bereits wiederholten Kontakt zu entsprechenden Protagonisten haben.

Insofern sich der Einstieg in rechtsextreme Denk- und Handlungsweisen und auch die Rekrutierung für einschlägige Organisationen bereits in die frühe Jugendphase verlagert hat, bilden altersmäßig im Wesentlichen 12–16jährige die Zielgruppe. Da rechtsextreme und anderweitig menschenfeindliche Haltungen nicht gleichsam ‚von heute auf morgen‘ entstehen, sondern sich prozesshaft über einen längeren Zeitraum der Biographie hinweg entwickeln, bestehen für eine längerfristig angelegte pädagogisch begleitende Soziale Arbeit Erfolg versprechende Möglichkeiten, bei den betroffenen Jugendlichen positive Entwicklungen in Gang zu setzen, bevor der Einfluss von rechtsextremen Organisationen und Kameradschaften überhand gewinnt. Dabei kann Soziale Arbeit von der gerade bei jüngeren Jugendlichen noch vorhandenen Entwicklungsoffenheit profitieren.

Jugendliche dieser Altersgruppe sind meist noch sehr stark auf den Stadtteil bezogen, in dem sie wohnen. Den größten Teil ihrer freien Zeit verbringen sie dort. Auch deshalb ist das hier verfolgte Konzept sozialraumorientiert angelegt. Dies bedeutet zunächst: Die Anknüpfungspunkte Sozialer Arbeit zu diesen Jugendlichen werden dort gesucht, wo sie sich größtenteils aufhalten: in ihrem Stadtteil bzw. in jener lebensweltlichen Sphäre, die sie als ihren sozialen Raum begreifen und deren Ausdehnung nicht exakt mit den kommunal festgelegten Grenzen des offiziellen Stadtteils übereinstimmen muss.

3.3 Zieldimensionen und Indikatoren der Zielerreichung

Da einerseits der Verlust an bzw. die Gefährdung von Integrationsmöglichkeiten in akzeptierte gesellschaftliche Teilsysteme und Interessens- bzw. Konfliktvermittlungsinstanzen wesentliche Anfälligkeitsfaktoren für menschenfeindliche und insbesondere rechtsextreme Orientierungen darstellen und andererseits Lebensbewältigungskompetenzen für „eine aktive Veränderung und Verbesserung der Lebenssituation“ und für „diskursiv-kommunikative Verständigungs- und Auseinandersetzungsformen“ (vgl. Möller 2000, 351)

entscheidende Voraussetzungen für Distanzierungsprozesse bilden, ist es das Hauptziel des hier niedergelegten Konzepts, im Zusammenspiel von Intervention und Prävention kompetenzenaktivierend und ressourcen- wie sozialraumorientiert die gesellschaftliche Integration bzw. Reintegration der AdressatInnen sicherzustellen. Dazu ist für sie anzustreben, konkret bezogen auf die Inhalte des obigen Neun-Felder-Schemas (vgl. Schaubild 1) Chancen auf *Zugehörigkeit* zu sichern und/oder zu eröffnen (1.), *Partizipation* zu ermöglichen und zu vertiefen (2.) und *Anerkennungen* zu vermitteln bzw. zu fördern (3.).

Die Erhöhung individueller Handlungsfähigkeit im Sinne gewaltfreier und demokratisch ausgerichteter Lebensbewältigung kann nicht isoliert vom sozialen Kontext der Alltagserfahrungen erzielt werden. Sie vollzieht sich vielmehr im Zusammenspiel mit den auf diesen Ebenen angesiedelten Integrationserfahrungen und ist daher pädagogisch-sozialarbeiterisch in Verbindung mit ihnen anzustreben.

Die oben genannten Richtziele konkretisieren sich stufenweise über Mittler- und Handlungsziele.²

Sie sind prinzipiell auf individueller, organisatorischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene umzusetzen. Während die letztgenannte Ebene primär das Feld politischer Gestaltung darstellt, erstrecken sich die Aufgaben Sozialer Arbeit vor allem auf die beiden erstgenannten.³

Zielsetzungen sind nichts als wohlfeile Angaben über einen Wunschzustand, wenn nicht benannt werden kann, wie sie zu erreichen sind und wann sie als erreicht gelten können. Deshalb sind – vorerst wenigstens grob, im Rahmen eines Evaluationskonzepts dann konkretisiert – Indikatoren anzugeben (vgl. rechte Spalte des Schemas), vor allem aber Inhalte und Schritte des Vorgehens zu umreißen (vgl. 4.).

² Die Kategorisierung in Richt-, Mittler- und Handlungsziele folgt einem Vorschlag von Beywl/Schepp-Winter (1999). Sie bietet den Vorteil, die Überprüfung der Erreichung dieser Ziele zu erleichtern (vgl. dazu auch den Abschnitt zur Konzeptevaluation).

³ Dabei ist unter der hier verkürzt als „individuelle Ebene“ bezeichneten Arbeitsausrichtung der unmittelbare AdressatInnenkontakt – einschließlich des Kontakts zu Einzelnen im Kleingruppenzusammenhang – zu verstehen, während sich die Arbeit auf der „organisatorischen Ebene“ auf infrastrukturelle Tätigkeiten der Herstellung von geeigneten Rahmenbedingungen bezieht.

Schaubild 2: Zieldimensionen und Indikatoren der Zielerreichung

Individuell-funktionale Systemintegration

Richtziele	Mittlerziele	Handlungsziele ⁴	Indikatoren ⁵
Chancen auf <i>Zugehörigkeit</i> zu gesellschaftlich relevanten Teilsystemen (wie vor allem Arbeit, Wohnen, Bildung), sichern und/oder eröffnen	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene individuelle Zugänge und Positionen stabilisieren bzw. neue eröffnen im Hinblick auf Teilsysteme wie Bildung, Ausbildung, Arbeit/Beruf, Wohnungsmarkt • Unterstützungsmanagement biographischer Übergänge zwischen Teilsystemen (z.B. Schule/Berufsausbildung) betreiben <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ggf. optimierend Einfluss nehmen auf die Gestaltung der an die AdressatInnen gerichteten Angebote von Bildung, Berufsausbildung etc. • Projekte und Maßnahmen zur Zugangserleichterung und zur positionalen Absicherung in Kooperation mit zuständigen Professionellen in den Teilsystemen (Lehrpersonen, AusbilderInnen usw.) entwickeln 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schulische Qualifizierung sowie Berufsorientierung und Arbeitsplatzfindung begleiten durch Information, Förderunterricht im Rahmen von Einzelfallhilfe, Vermittlung bei Konflikten mit Lehrern bzw. Ausbildern/Arbeitgebern, Unterstützung bei Bewerbungen und Bewerbungstrainings 2. Vermeiden von Schul- und Ausbildungsabbrüchen und Reintegrieren von Schulverweigerern 3. Bei Wohnungsproblemen effektiv helfen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Systematisch mit Schulsozialarbeit/Lehrkräften/ Ausbildern an Strukturen zur Sicherung von Qualifikationserwerb arbeiten 2. Schulverweigererprogramme mitentwickeln 3. Kooperativ Projekte und Informationsveranstaltungen zu konstruktiver Lebensbewältigung durchführen 4. Sich in Kooperationsnetze für Wohnraumversorgung einbinden 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Schulische / berufliche Leistungen verbessert → Schulzufriedenheit gesteigert → Berufsorientierung geklärt → Bewerbungen geschrieben und verschickt → Konflikte geschlichtet oder/und neue Formen konstruktiver Konfliktregelung entwickelt → Schulverweigerung reduziert bzw. Schulverbleib gesichert → Wohnzufriedenheit erhöht <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Langfristige Zusammenarbeit bei der Schaffung qualifikationsfördernder Strukturen ist gewährleistet → VAJA-Fachkräfte sind in die Entwicklung involviert → Maßnahmen sind erfolgreich durchgeführt → Kooperationsnetze erweisen sich im Bedarfsfall als tragfähig (z.B. Jugend- und Sozialamt)
<i>Partizipation</i> ermöglichen und vertiefen mittels Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Partizipationsinteressen klären • Perspektiven, Gelegenheiten und Kompetenzen zur sozial akzeptierten Absicherung der individuellen Partizipation an materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft vermitteln • In akuten Fällen von Teilhabeverlusten (z.B. Schulden) oder bei inakzeptablen Strategien des Erwerbs von Teilhabe (z.B. über Kriminalität) beraten 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Über kulturelle Angebote informieren 2. Teilnahme an kulturpädagogischen Angeboten ermöglichen und/oder initiieren 3. Reflexion von Partizipationskompetenzen und -interessen anregen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Mündliche und schriftliche Informationen werden zur Verfügung gehalten → Inhalte ausgewählter kultureller Angebote sind Adressaten bekannt → Gruppenfahrten zu kulturellen Veranstaltungen organisiert → Partizipationskompetenzen und -interessen werden reflektiert

⁴ Die im Folgenden aufgeführten Handlungsziele sind nicht als abgeschlossene Auflistung zu verstehen. Flexibilität für situative Herausforderungen ist im pädagogischen Arbeiten unumgänglich, führt ggf. zu Akzent- und Schwerpunktverschiebungen und macht erfahrungsgemäß oft bedürfnis-, bedarfs- und problemgerechte Differenzierungen oder Ergänzungen erforderlich.

⁵ Messverfahren, Messzeitpunkte, Kennzahlen und ggf. weitere und detailliertere Erfolgskriterien werden im Zuge der Ausarbeitung des Evaluationskonzeptes festgelegt.

	<p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ggf. optimierend Einfluss auf die Partizipationsqualität bestehender Angebote nehmen • Desintegrierende Effekte bei gesellschaftlichen Maßnahmen der Kontrolle und Sanktionierung sozial inakzeptabler Formen individueller Teilhabesicherung (bspw. über Kooperation mit Polizei) verhindern • Projekte und Maßnahmen zu sozial akzeptierter Sicherung von Partizipation entwickeln 	<p>4. Umgang mit Geld schulen (Girokonten, Überweisungen, Haushaltsbuch)</p> <p>5. Schuldnerberatung vermitteln</p> <p>6. Bzgl. Delinquenz und Kriminalität informieren und beraten</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kulturelle Anbieter beeinflussen, die Teilhabeschwellen zu ihren Angeboten zu senken (finanziell/inhaltlich) 2. Bedürfnisorientierte Angebote selbst realisieren 3. Träger bei Diversionsmaßnahmen und Projekten des Täter-Opfer-Ausgleichs unterstützen 4. Absprachen und geeignete Kooperationsformen mit der Jugendgerichtshilfe und der Polizei entwickeln 	<p>→ Rationale Konsumentenhaltung bestimmt die alltägliche Lebensführung</p> <p>→ Kontakte zu Schuldnerberatung sind hergestellt</p> <p>→ Schulden sind reduziert bzw. Entschuldungsprozesse eingeleitet</p> <p>→ Einzelberatungen mit und Begleitung von Jugendlichen durchgeführt</p> <p>→ AdressatInnen besitzen Kenntnisse über Projekte zur Delinquenzvermeidung und Diversion, insbesondere bei Gewalt</p> <p>→ Die partizipative Einbindung in rechtsextreme Milieus sowie weitere Rekrutierungsversuche wurden verringert</p> <p>→ Delinquentes und kriminelles Verhalten hat sich reduziert</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ Kontakt zu kulturellen Anbietern hergestellt, jugenrelevante Themen geklärt und Gruppentarife ausgehandelt</p> <p>→ Konzepte für kulturelle Angebote werden entwickelt, realisiert und evaluiert</p> <p>→ Gemeinsamer Fachaustausch mit Mitarb. dieser Träger</p> <p>→ Absprachen/Vereinbarungen mit JGH u.a. getroffen und ggf. schriftlich festgehalten</p>
<p>Anerkennung für Leistungen innerhalb von Systemstrukturen vermitteln bzw. fördern</p>	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Individuell vorhandene Anerkennungschancen in den gesellschaftlichen Teilsystemen sichern • Individuelle Chancen auf positive Anerkennungsbilanzen verbessern <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennungsqualität vorhandener Integrationsformen optimieren • Zusätzliche neuartige Anerkennungsformen in Kooperation mit Professionellen der gesellschaftlichen Teilsysteme entwickeln 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Förderunterricht u. a., leistungsunterstützenden Maßnahmen vermitteln 2. Auf Wunsch Jugendliche bei Gesprächen mit Lehrkräften und Ausbildern bzw. mit Vermietern begleiten <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In Kooperation mit Schulen auf differenziertere und ggf. andere Leistungsbeurteilung hinwirken 2. Formen der Belobigung von nicht notenrelevanten bzw. arbeitsmarktcompatiblen Leistungen (z.B. Hinweis auf besondere soziale Leistungen im Schulzeugnis) entwickeln 	<p>→ Jugendliche sehen ihre leistungsbezogene Anerkennung verbessert</p> <p>→ Jugendliche verfügen über positiv(ere) Anerkennungsbilanzen und nehmen ihre Chancen als aussichtsreich(er) wahr</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ Differenziertere Leistungsbeurteilungen wurden eingeführt</p> <p>→ Neue Anerkennungsformen sind etabliert/akzeptiert und bilden funktionale Äquivalente für Anerkennungsstrategien mittels Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt</p>

Gesellschaftliche Sozialintegration

Richtziele	Mittlerziele	Handlungsziele	Indikatoren
Chancen auf <i>Zugehörigkeit</i> zu sichern und/oder zu eröffnen in Hinsicht auf intermediäre Instanzen des Interessenausgleichs (z.B. Jugendverbände, Initiativgruppen, Beteiligungsprojekte)	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kennen lernen von bzw. Interesse wecken an intermediären Instanzen und wechselseitige Vorbehalte ausräumen • Personale und soziale Kompetenzen zu diskursiv-kommunikativer Konfliktregelung auf- bzw. ausbauen (z.B. Perspektivenwechsel, Frustrations-, Ambivalenztoleranz) <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Einfluss nehmen auf intermediäre Instanzen im Hinblick auf die Niedrigschwelligkeit ihrer Angebotsinhalte, -formen, und Zugangsweisen (z.B. Mitgliedsbeiträge) und die Integrationsqualität im Sinne einer Ausrichtung auf Bedürfnisse von Jugendlichen steigern • Gründung von Initiativen, Aktionsgruppen fördern • Verständigungsschranken abbauen zwischen Adressaten und Vertretern intermediärer Instanzen • Kooperations- und Vernetzungsstrukturen schaffen bzw. unterstützen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Informationen geben und konkrete Einblicke vermitteln (z.B. durch das Einladen von Vertretern intermed. Instanzen) 2. Partizipationserfahrungen ermöglichen (z.B. durch niedrigschwellige, kurzzeitige Teilnahme an Angeboten intermed. Instanzen oder über analoge Angebote, die cliquenintern durchgeführt werden) 3. demokratische Konfliktregelungsformen unter Jugendlichen u. zwischen Jugendlichen und Erwachsenen (z. B. Anwohnern von Jugendtreffs) initiieren und managen 4. Projekte/Maßnahmen zur Erhöhung von Selbstsicherheit sowie Kommunikations- und Kompromissfähigkeit konzipieren <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau eines Informationspools über Aktivitäten und Beteiligungsangebote intermed. Instanzen im Stadtteil/in der Region 2. Verpflichtungsarme, z.B. projektformige Angebote in Kooperation mit intermed. Instanzen entwickeln und durchführen (z.B. Jugendhearings/ -foren) 3. Vernetzung von sozialen Einrichtungen mit gesellschaftlich relevanten Gemeinwesen-Gruppierungen anregen bzw. optimieren 4. Öffnung von Vereinen, Verbänden, Kirchen u.a. intermediären Vereinigungen für Anliegen und Umgangsformen von Jugendlichen erwirken 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Jugendliche kennen die Möglichkeiten des Interessenausgleichs, die intermed. Instanzen ihnen v. a. in ihrem Stadtteil bieten → Jugendliche sind mit VertreterInnen intermed. Instanzen persönlich bekannt → Jugendliche nutzen intermed. Instanzen anstelle menschenfeindlicher Formen der Interessendurchsetzung → VAJA-Mitarb. werden als GW-interne Konfliktmanager von Jugendlichen und Erwachsenen wahrgenommen → Personale Kompetenzen zur verbalen Regelung sozialer Konflikte sind gewachsen und werden handlungsbestimmend <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Infomaterial wird vorrätig gehalten und Jugendliche nehmen das VAJA-Team als nützliche Infostelle wahr → Teilnahmebedingungen an intermediärer Kommunikation sind nachhaltig verbessert → Dauerhafte Vernetzungsstrukturen sind geschaffen, VAJA ist in sie eingebunden → Beteiligung Jugendlicher am öffentlichen Leben des Sozialraums hat zugenommen
Partizipation zu ermöglichen und zu vertiefen über die Beteiligung an öffentlichen Diskurs- und Entscheidungsprozessen	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kenntnisse über Partizipationsrechte vermitteln • Eigenständige Beteiligungsmotivation, -kompetenz und -verantwortung aktivieren • Partizipationsprozesse (z.B. von Partizipations-„Krisen“ und zur Sicherung realistischer Partizipationsvorhaben) managen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Allg. Wissen über Diskurs- und Entscheidungsstrukturen vermitteln (z.B. Stadtteilpolitik, Vereinsrecht o.ä.); über vorhandene Gremien informieren, bei Beteiligung unterstützen (z.B. Schülervertretung, Jugendparlament) und auf informelle Partizipationsformen verweisen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Jugendliche besitzen grundlegende Kenntnisse über demokratische Formen und Verfahren des Interessenausgleichs (im Gemeinwesen) sowie über ihre Partizipationsrechte und -chancen und nutzen diese

	<p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedürfnis-, altersangemessene, effektive und auf Dauer von Sozialarbeitern unabhängige Partizipationsstrukturen gewährleisten • Chancenstrukturen auf kurz-, mittel- und langfristiges Engagement sichern und passgenaue Partizipationsformen, -strukturen unter fachlicher Begleitung entwickeln 	<p>2. Anreize bieten über Zertifizierung von Partizipationsaktivitäten (Juleika, Streitschlichterkurse, SMV)</p> <p>3. Bei der Artikulation von Interessen in Gremien intermed. Instanzen unterstützen (z.B. Begleitung zu Mitgliederversammlungen, Beiräten, Ausschüssen)</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Strukturelle Absicherung vorhandener Partizipationsmedien betreiben 2. Neue Beteiligungsformen und -verfahren kooperativ mitentwickeln 3. Selbsttragende Strukturen schaffen (z.B. sukzessive und begleitete Übergabe von Raumverantwortung) 	<p>→ Jugendliche kennen die Bedeutung von Zertifizierungen</p> <p>→ Jugendliche nutzen die fallbezogene Partizipationsunterstützung der MitarbeiterInnen</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ Effektive und bedürfnis- wie altersangemessene Partizipationsstrukturen für Jugendliche bleiben gesichert</p> <p>→ Jugendliche nehmen neue Beteiligungsformen und -verfahren als Partizipationszugewinne und als funktionale Äquivalente zu gewaltförmigen und undemokratischen Formen der Interessendurchsetzung an</p> <p>→ Jugendliche partizipieren zunehmend eigenverantwortlich und nehmen sich als relevante Beteiligte in demokratischen Prozessen wahr</p>
<p>Anerkennung zu vermitteln bzw. zu fördern im Sinne wechselseitiger Anerkennung universalistischer Normen (wie z.B. Fairness, Gleichheit, Gerechtigkeit) und sozialer Wertschätzung</p>	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Handlungskompetenzen zum Erhalt von Anerkennung (z.B. Kritikfähigkeit, Affektregulierung, Verantwortungsübernahme) aufbauen/erweitern • Reflexionsprozesse vorhandener partikularistischer Moral initiieren • Universalistisch-moralisches Wissen in universalistisch-moralisches Verhalten überführen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene Anerkennungsformen in intermediären Instanzen ausbauen und neuartige kompetenz- und ressourcen-orientierter Anerkennungsformen kooperativ entwickeln • Funktionale Äquivalente für Zugehörigkeiten zu menschenfeindlichen Gruppen und ihren Anerkennungsformen anbieten 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. strikt situativ intervenieren bei sozial- und selbstschädigendem Verhalten (Grenzen setzen): Konfrontieren mit universal-moralischen Normen, Verdeutlichen der Konsequenzen des gezeigten Verhaltens, Aufzeigen von Alternativen 2. Maßnahmen (z.B. Trainings, Projekte, Seminare) zum moralischen Lernen anbieten 3. Positive Sanktionierung universal-moralischen Verhaltens <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zertifizierungen etablieren für universal-moralisches Verhalten (z.B. Übernahme von Gemeinwesenverantwortung, Einsatz für andere) 2. Sukzessive Ausweitung partikularistischer Fürsorgeorientierungen auf andere Gruppierungen über entsprechende Verhaltensangebote 3. Öffentliche Anerkennung mittels Medien erwirken 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <p>→ AdressatInnen nehmen VAJA-MitarbeiterInnen sowohl unterstützend als auch grenzsetzend wahr</p> <p>→ Selbsterstörerisches Verhalten ist verringert</p> <p>→ AdressatInnen begreifen die Wechselseitigkeit sozialer Anerkennung</p> <p>→ Angebote zum moralischen Lernen gehören zum VAJA-Bildungsangebot</p> <p>→ Jugendliche nehmen VAJA-MitarbeiterInnen als moralische Autoritäten wahr</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ Formen der Anerkennung haben sich vervielfältigt</p> <p>→ Adressaten machen erweiterte Erfahrungen sozialer Wertschätzung im Gemeinwesen</p> <p>→ Partikular-moralische Orientierungen von AdressatInnen sind brüchig, solidar-moralische zahlreicher geworden</p> <p>→ Positive Darstellungen in Presse u.a. erreicht</p>

Gemeinschaftliche Sozialintegration

Richtziele	Mittlerziele	Handlungsziele	Indikatoren
<p>Chancen auf <i>Zugehörigkeit</i> zu sichern und/oder zu eröffnen in Hinsicht auf lebensweltliche Primärgruppen (Familie, Peers etc.)</p>	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontakt- und Kommunikationsqualität fördern • Selbstreflexivität im Hinblick auf Bindungen und Beziehungen entwickeln (z.B. Zugehörigkeitskriterien analysieren und reflektieren) • Kompetenzen und Ressourcen entwickeln bzw. sichern für neue ausgrenzungs-, extremismus- und gewaltferne Zugehörigkeiten /Bindungen/ Beziehungen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Primärgruppenstruktur optimieren in Richtung auf eine demokratische Struktur • Kontaktmöglichkeiten auf- bzw. ausbauen zu gemeinschaftlichen sozialen Einheiten und Individuen ohne menschenfeindliche Orientierungen • Neue gemeinschaftliche Zugehörigkeiten außerhalb menschenfeindlicher Milieus vermitteln 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bedürfnis- und Gefühlsartikulation über Beziehungsangebote fördern 2. Fallweise Beratung bei Problemen lebensweltlicher Verständigung bieten (z.B. in Freundschaften und Familien) 3. Geschlechtsreflektierende Prozesse anstoßen 4. Gruppenstrukturen/Hierarchien hinterfragen, (z.B. Zugehörigkeit um jeden Preis, Mutproben) 5. Selbstreflexivität anregen durch z.B. Nachfragen, Feedback geben, Spiegeln von Seiten der SozialarbeiterInnen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Moderationsfunktion bei Gesprächen in Familie und/oder Clique übernehmen 2. Vernetzungsstrukturen zwischen verschiedenen Primärgruppen schaffen (z.B. unter Cliques) 3. Kontaktabbau betreiben zu cliques- und szeneeexternen Jugendlichen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Jugendliche fühlen sich verbal zunehmend artikulations- und kommunikationssicherer → AdressatInnen und ihre Familien nutzen das Beratungsangebot der MitarbeiterInnen → Jugendliche zeigen Zugewinne an Geschlechtsreflexivität → Geschlechtsreflektierende Angebote sind durchgeführt → Lebensweltliche Beziehungsstrukturen und eigene Positionierungen gewinnen für Jugendliche an Transparenz → Selbstreflexivität wächst an <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Moderationseinsatz hat zu Stabilisierung von Zugehörigkeiten geführt → Vernetzungen mit Gruppierungen ohne menschenfeindliche Orientierungen sind hergestellt → Kontakte haben sich über die Clique, Szene bzw. das Milieu hinaus ausgeweitet
<p>Partizipation zu ermöglichen und zu vertiefen in Bezug auf emotional befriedigende Gegenseitigkeitsstrukturen innerhalb lebensweltlicher Milieus</p>	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kompetenzen eigenständiger Identitätsentwicklung fördern • Emotionale Reziprozität in Beziehungen fördern • Eine nichtmenschenfeindliche oder rechtsextreme Partizipationsqualität sichern 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Trainings zur Förderung personaler und sozialer Kompetenzen (z.B. für Rollendistanz, Perspektivenwechsel, Empathie etc.) anbieten 2. Rollenwechsel ermöglichen über Angebote wie Schnupperkurse, Projekte und Praktika in sozialen Einrichtungen 3. Beziehungsarbeit betreiben und situative Beratung bei Beziehungskonflikten anbieten 4. Leitbildfunktionen bieten und Grenzen setzen gegen menschenfeindliches Verhalten 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> → Bedarfsgerecht wurden Kompetenztrainings durchgeführt → Angebote zum zeitweiligen Rollenwechsel finden sich im Angebot der Fachkräfte → VAJA-MitarbeiterInnen haben eine professionell-persönliche Beziehung zu ihren Adressaten aufgebaut → VAJA-MitarbeiterInnen praktizieren Formen demokratischer und auf wechselseitiger Anerkennung beruhender Kommunikation untereinander wie mit KlientInnen und unterbinden menschenfeindliches Verhalten im Arbeitsbereich

	<p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vielfalt von jeweils spezifisch emotional befriedigenden Angebotsstrukturen ermöglichen • Partizipationsstrukturen, die Bedürfnistransparenz, -abgleich, -aushandlung ermöglichen schaffen/stützen 	<p>5. Klare Regeln/Absprachen im Rahmen von Arbeitsbündnissen vereinbaren</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verlässliche Beratungsstrukturen für AdressatInnen und deren Familienangehörige bieten (z.B. bei Familien- und Partnerschaftskrisen) 2. Mit anderen Beratungseinrichtungen kooperieren 	<p>→ Arbeitsbündnisse mit Adressaten sind geschlossen, deren Regeln festgelegt und ggf. (z.B. hinsichtl. Raumnutzungen) schriftlich festgehalten</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ AdressatInnen sowie Angehörige ihrer Lebenswelten und Milieus nehmen Beratungsangebote der Fachkräfte und Institutionen wahr</p> <p>→ Zu anderen Beratungseinrichtungen wurde begleitet</p> <p>→ Weiterführende Kooperationen sind eingeleitet</p>
<p>Anerkennung zu vermitteln bzw. zu fördern im Sinne wechselseitiger persönlicher Wertschätzung</p>	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zur Wahrnehmung von erhaltener persönlicher Wertschätzung befähigen • Zur Kontrolle aversiver und aggressiver Emotionen befähigen sowie die Kommunikation positiver Emotionen fördern • Jugendliche im Prozess ihrer rollenkonformen und -nonkonformen Individuation unter Reflektion geschlechtsspezifischer Klischees unterstützen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugangssicherung von vielfältigen und unterschiedlichen Beziehungsstrukturen mit wechselseitiger persönlicher Wertschätzung schaffen/stützen 	<p><u>Individuelle Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bestärkung positiver sowie strikte Problematisierung menschenfeindlicher Orientierungen und Verhaltensweisen in der Alltagsarbeit betreiben 2. Geschlechtsreflektierende Interaktionstrainings zur Kommunikation und Entgegennahme positiver Emotionen vorhalten 3. Gemeinsames Kochen & Feiern, Zugänge zu Flirtkursen, Tanzkursen, Partnerschaftsschulungen etc. eröffnen 4. Bedürfnisgerechte und anerkennungsorientierte Freizeitangebote mit Fokussierung auf Fairness-, Gleichheits- und Gerechtigkeitserfahrungen machen (Turniere um Fairnesspokale u.ä.) 5. Zur Teilnahme an Wettbewerben ermutigen 6. Cliquenübergreifende Projekte mit Jugendlichen aus anderen Stadtteilen und mit anderen jugendkulturellen und ethnischen Selbstdefinitionen durchführen <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Über Vernetzungsaktivitäten Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebote anderer Träger zur Förderung wechselseitiger persönlicher Wertschätzung erwirken 2. Gegen das Propagieren abwertender, diskriminierender und respektloser Beziehungsmuster in Öffentlichkeit und Medien einschreiten 	<p>→ AdressatInnen nehmen die Mitarbeiter als solidarisch-kritische Wegbegleiter wahr</p> <p>→ MitarbeiterInnen entwickeln ihre Kompetenzen in Jungen- und Mädchenarbeit sowie in der Durchführung von Interaktionstrainings kontinuierlich weiter und sind in der Lage sie bedarfs- und situationsgerecht einzusetzen Die unter 3. Handlungsziele genannten Angebote haben zielorientiert stattgefunden</p> <p>→ AdressatInnen haben an Freizeitangeboten zur Vermittlung von Fairness-, Gleichheits- und Gerechtigkeitserfahrungen teilgenommen</p> <p>→ Jugendliche nehmen an Wettbewerben teil bzw. haben teilgenommen</p> <p>→ Die genannten Projekte wurden durchgeführt</p> <p><u>Organisatorische Ebene:</u></p> <p>→ Angebote anderer Träger sind bedarfsangemessen vorhanden Kooperationspartner wurden aktiviert</p> <p>→ Stellungnahmen ggf. öffentlich abgegeben</p>

4. Inhalte und Vorgehensweisen

Abgeleitet aus der beschriebenen Ausgangslage und zur Umsetzung der genannten Ziele werden konsequenterweise die unten erläuterten Arbeitsinhalte und Vorgehensweisen notwendig.

4.1. Arbeitsbereiche und -methoden

Die erforderlichen Arbeitsinhalte lassen sich bereichsspezifisch wie folgt zuordnen:

- Sozialraumanalyse
- Streetwork
- Cliques-, Gruppen- und Szenearbeit
- Einzelfallhilfe
- Projektangebote
- Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit
- Kooperative Vernetzung

4.1.1 Sozialraumanalyse

Ein mit dem Anspruch von Sozialraumorientierung operierendes Konzept wie das hier vorgestellte, sieht sich zunächst dazu herausgefordert, den grundlegenden Ansatz in konzeptionelle Detaillierungen zu überführen, die der jeweiligen Situation vor Ort angemessen sind. Folglich müssen konzeptionelle Differenzierungen auf einer gründlichen Analyse desjenigen Sozialraums fußen, auf den die projektierte Arbeit zielt. Eine solche Analyse stellt deshalb zwangsläufig den ersten Arbeitsschritt dar (vgl. auch Deinet 1999). Sie umfasst zwei Ebenen:

- eine Lebensweltanalyse aus der Sicht der AdressatInnen sowie
- die Analyse der vorhandenen sozialen Infrastruktur.

Ziel einer im Rahmen von Jugendarbeit durchzuführenden Lebensweltanalyse ist es, einen Einblick in die subjektiven Wahrnehmungen von Phänomenen des Sozialraums durch Jugendliche zu erhalten. Mittels Befragung und anderer jugendgemäßer und möglichst partizipativer Methoden wird erhoben, wie Jugendliche selbst ihren Sozialraum wahrnehmen, nutzen und seine Qualität bewerten. Insbesondere geht es um Fragen der Freizeitgestaltung, Möglichkeiten zur Nutzung und Aneignung von Räumen, Konflikte (bspw. im Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen) und ggf. um die Beurteilung der Präsenz der extremen Rechten im Quartier. Aspekte wie diese sind auf ihre potentiellen Desintegrationsgehalte und ihre Integrationsqualitäten hin zu untersuchen.

Die Analyse der sozialen Infrastruktur zielt darauf ab, festzustellen, welche Angebote für Jugendliche seitens öffentlicher, freier und kommerzieller Träger bereits gegeben sind. Dabei gilt es in unserem Fall auch zu eruieren, welche Bedeutung der extremen Rechten und insbesondere ihren sozialarbeitsnahen Offerten in diesem Rahmen zukommt. Zu identifizieren sind auch hier Desintegrations- wie Integrationspotenziale, d.h. konkret

Verwehungen von und Chancen auf Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung.

Als Ergebnis wird eine rationale Entscheidung darüber möglich, ob eine professionelle Soziale Arbeit in dem fokussierten Sozialraum überhaupt aufgenommen werden soll. Sofern dies beschlossen wird, muss sie so ausgelegt werden, dass sie die subjektiv gegebenen Bedürfnis- und Problemlagen Jugendlicher aufnimmt und in tatsächliche Angebotslücken stößt. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnis kann auch eingeschätzt werden, wie problematisch erscheinende (vor allem extremismus-, menschenfeindlichkeits- und gewaltförderliche) Ansprachen Jugendlicher angegangen und Alternativen für Gewaltfreiheit und Zivilitäts- wie Demokratiesicherung über passgenaue Angebote für Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung entwickelt werden können.

4.1.2 Streetwork

Streetwork ist ein zentraler Bestandteil aufsuchender Jugendarbeit und beinhaltet, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen. Das bedeutet einerseits, die Jugendlichen an ihren selbstgewählten Treffpunkten im öffentlichen Raum – ggf. aber auch auf Schulhöfen während der Unterrichtspausen – aufzusuchen und auch bereits vor Ort (meist auf der Straße) mit ihnen zu arbeiten. Andererseits ist damit gemeint, die Jugendlichen ebenfalls bezogen auf ihre Einstellungs- und Verhaltensmuster dort abzuholen, wo sie stehen und nicht ihre Einstellungs- und/oder Verhaltensänderung zu Voraussetzungen Sozialer Arbeit mit ihnen zu machen. Streetwork schafft ein lebensweltintegriertes Kontaktierungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebot und erreicht damit vor allem diejenigen Jugendlichen, die nicht oder nicht mehr von bestehenden Angeboten der Jugendarbeit erreicht werden (wollen) oder von diesen ausgeschlossen wurden. In manchen Fällen fehlen Einrichtungsangebote schlichtweg, so dass Streetwork einziges Angebot ist. Das Vorgehen hat im Vergleich zu Einrichtungen der offenen Jugendarbeit einerseits den Nachteil, kein festes und tagsüber fast durchgängig geöffnetes Raumangebot bereithalten zu können; andererseits ist es dadurch flexibel und mobil. Das ermöglicht es, zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten tätig zu werden. Diese Mobilität erlaubt es, auf die Bewegungen der Jugendlichen im Sozialraum (beispielsweise bei der Wahl ihres Treffpunktes) rasch und angemessen zu reagieren. Mobilität und Flexibilität sind nicht nur strukturelle Stärken von Streetwork. Zudem können sie von großer symbolischer Bedeutung sein, denn die Jugendlichen erfahren schon allein dadurch, dass sich Jugendarbeit auf sie zu bewegt, ein Mindestmaß an Anerkennung. Durch Streetwork können sie sich als Zielgruppe von Jugendarbeit anerkannt fühlen. Schon diese Erfahrung eröffnet bei manchen sozial desintegrierten und ansonsten ggf. gegenüber Sozialer Arbeit misstrauischen jungen Leuten eine erste Chance, sich der Gesellschaft zugehörig fühlen zu dürfen, nicht fallengelassen zu werden, von Bedeutung zu sein. Streetwork zielt im Sinne der hier intendierten Distanz(ierung) über Integration darauf ab, solche Erfahrungsmöglichkeiten zu verstärken. Dies geschieht u.a. einerseits durch die Sicherung des sozialen Raums der Straße auch für die Interessen von Jugendlichen, andererseits durch die Eröffnung

neuer Zugänge zu oftmals besser geeigneten Räumlichkeiten für sie. Beides erfordert eine kommunikative Einbindung der Jugendlichen in das Gemeinwesen: Über sozialarbeiterisch begleitete Auseinandersetzungs- und Verständigungsprozesse mit anderen Angehörigen des Sozialraums (z.B. erwachsenen Anwohnern, Polizisten, Amtsvertretern) muss ausgehandelt werden, wo welche Verhaltensweisen akzeptabel sind, welche Verantwortlichkeiten an Jugendliche übergeben und welche Verantwortungen von ihnen partizipativ übernommen werden können. Gelingende Prozesse dieses Zuschnitts vermitteln neuartige Bewältigungskompetenzen jenseits von Ausgrenzung und Gewalt sowie gegenseitigen Respekt und Anerkennung. Nicht zuletzt wird über Streetwork an die extreme Rechte im Sozialraum das Signal übermittelt, dass ihr Vorhandensein und ihre Agitationen bekannt sind, nicht akzeptiert werden und mit gesellschaftlichen Gegenreaktionen beantwortet werden. Gerade indem und soweit letztere auf sozial akzeptierte Integrations- und Anerkennungsformen ausgerichtet sind und Partizipationsausweitungen für Jugendliche beinhalten, sind sie in der Lage, Anziehungskräfte zu entfalten, die denen des Extremismus Paroli bieten können.

4.1.3 Cliques-, Gruppen- und Szenearbeit

Die dritte Säule wird durch die sozialpädagogische Arbeit mit drei unterschiedlichen Formen von sozialen Zusammenschlüssen Jugendlicher gebildet: Clique, Gruppe und Szene.

Professionelle Grundlage gelingender Arbeit mit Cliques, also mit lebensweltgebundenen, selbstorganisierten Gesellungsformen Jugendlicher mit hohem Zusammengehörigkeitsgefühl und fast täglichem Treffen ihrer Mitglieder (Fuchs-Heinritz u.a. 1994), ist es, eine mehr als punktuelle, belastbare Arbeitsbeziehung zu den AdressatInnen herzustellen. Die Voraussetzungen dafür können durch Regelmäßigkeit beim Aufsuchen, Transparenz der sozialpädagogischen Rolle, Zuverlässigkeit bei Vereinbarungen, vertrauensvollen Umgang mit Informationen sowie Erreichbarkeit in Krisensituationen geschaffen werden. Neben dem Angebot von Freizeitaktivitäten kann sich erfahrungsgemäß vor allem der gemeinsame Aufbau von Cliques-Räumen positiv auf das Erlernen von Alltagsdemokratie auswirken. Probleme, die die Jugendlichen im öffentlichen Raum machen, können damit entschärft, Probleme, die die Jugendlichen haben, können dadurch in relativ entspannter Atmosphäre angegangen werden. Die Jugendlichen erhalten eine Einbindung in die soziale Infrastruktur des Sozialraums und erlernen über die Raumnutzung die Aushandlung von Regeln sowohl mit dem Eigner der jeweiligen Räume als auch untereinander. Es werden damit sozialraum- wie cliquesbezogenen Integrationsprozesse angestoßen, die nach und nach – etwa durch eine stufenweise Übergabe von (Raum-)Verantwortung an die Clique – ausgebaut werden können. Ihre erwartbar konfliktgeladenen Verläufe können durch die sozialpädagogische Begleitung aufgefangen, zur Bearbeitung gestellt und zur Vermittlung demokratischer Konfliktregelungskompetenzen genutzt werden.

Die Clique ist als Selbstorganisationsform jugendlicher Gesellung unter pädagogischen Gesichtspunkten nicht sakrosankt. Vielmehr können pädagogische Überlegungen dazu führen, insoweit Einfluss auf die

Zusammensetzung zu nehmen, dass – immer in Absprache mit der Clique – neue Mitglieder in sie vermittelt oder auch Abspaltungswünsche Einzelner unterstützt werden können. Wo dies realisiert wird, wird die Clique zur Gruppe. Auf diese Weise wird die Bildung regressiver, hermetisch abgeschlossener Milieus verhindert und der Anschluss an andere soziale Netzwerke ermöglicht – eine Option, die gerade bei Tendenzen von Rechtsextremismus und sonstiger Menschenfeindlichkeit unerlässlich ist, um Aus- und Umstiegschancen in demokratische Formen sozialer Integrations-, Partizipations- und Anerkennungserfahrung zu eröffnen. Mit dieser Zielrichtung können auch Angebote zur Bildung von Freizeitgruppen gemacht werden; dies etwa im Kontext einer Kooperation mit Schulen.

Jugendkulturen – auch die von Extremismus und Menschenfeindlichkeit gekennzeichneten – organisieren sich zunehmend szeneförmig: Durch das Aufsuchen bestimmter Orte (z.B. von Konzerten oder Fußballspielen, aber auch virtueller Orte wie Chatrooms etc.), das Teilen bestimmter Symbolwelten (etwa NS-Symboliken) und das Verfolgen bestimmter Lebensstile wird Zu(sammen)gehörigkeit auch unter Personen hergestellt, die sich nicht persönlich kennen. Sozialpädagogische Szenearbeit ist in diesen Räumen und Bezügen präsent, kontaktiert hier Einzelne und Cliquen und sucht Reflexionsprozesse anzustoßen. Jugendkulturarbeit erweist sich hierbei als eine wichtige Herangehensweise und kann funktionale Äquivalente für Anerkennungsversuche über das Vertreten von Ungleichheitsideologien und Gewaltakzeptanz erkennbar werden lassen.

4.1.4 Einzelfallhilfe

Die Verfestigung von Distanzierungspotentialen und die Einleitung von Distanzierungsprozessen verläuft selten für alle Cliquen- bzw. Gruppenmitglieder zeitlich parallel und gleich geartet. Deshalb ist die Einzelfallhilfe ein wichtiger, oft aus Cliquen-, Gruppen- und Szenearbeit erwachsender Arbeitsbereich. Über sie können Veränderungs- oder Neuorientierungsprozesse von einzelnen Jugendlichen in Richtung auf den Erwerb biographisch neuartiger Bewältigungsmechanismen, Integrationsweisen, Zugehörigkeiten und Anerkennungen individuell begleitet und gegebenenfalls forciert werden. Außerdem bietet die Einzelfallhilfe die Möglichkeit, sich generell differenziert mit individuellen Problem- und Bedarfslagen zu befassen. Für deren Bewältigung offeriert sie professionelle Beratung für die betroffenen Jugendlichen, ggf. auch für Eltern und sonstige Bezugspersonen. Die grundsätzliche Klärung der aktuellen Lebenssituation und eine aussichtsreiche Bearbeitung existentieller Notlagen sind in der Regel Voraussetzungen, um politische Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt thematisieren und konstruktiv bearbeiten zu können.

Fragen und Krisen in der Lebenssituation der Jugendlichen richten sich überwiegend auf folgende Bereiche:

- familiäre Probleme
- Probleme in der Partnerschaft und im Freundeskreis
- Probleme in der Schule oder Ausbildung (z.B. Arbeitslosigkeit)
- Straffälligkeit und Gerichtsverfahren
- unzureichendes (oder unrealistisch überhöhtes) Selbstwertgefühl

- Suchtprobleme
- Gewalterfahrungen und -bedrohungen.

Wichtig für den Erfolg von Einzelfallhilfe ist eine für die Klienten nachvollziehbare und möglichst unmittelbar nutzbringende Verbesserung ihrer Lebenssituation, die selbsthilfeorientiert an den vorhandenen personalen Ressourcen ansetzt und auf sie aufbaut. Dadurch wird erstens das Vertrauensverhältnis zwischen Fachkraft und Adressat nachhaltig gefestigt. Zweitens erfährt der oder die Jugendliche, welchen Eigenanteil er/sie an der Veränderung hat. Dies wiederum trägt zur Stärkung des Selbstwertgefühls sowie zur Steigerung von Eigenverantwortlichkeit bei. Damit wiederum können Lebensbewältigungskompetenzen wachsen, die als wichtige individuelle Distanz(ierungs)faktoren zu antidemokratischen und menschenfeindlichen Orientierungen identifizierbar sind, wie vor allem (vgl. Möller 2000, Wahl u.a. 2003):

- Reflexivität
- Perspektivenwechsel
- Empathie
- Konfliktfähigkeit
- Verantwortungsübernahme
- Affektregulierung.

4.1.5 Projektangebote

Projektangebote sind besondere Maßnahmen, die die im Rahmen der zuletzt genannten Arbeitsbereiche geleistete sozialpädagogische Alltagsarbeit ergänzen. Es handelt sich dabei im Regelfall um Aktivitäten, die zeitlich und umfangsmäßig begrenzt, aber über mehrere Treffen hinweg gruppen-, cliquen-, schul- bzw. klassen- und/oder scenebezogen durchgeführt werden. Sie werden bedarfs- und bedürfnisbezogen realisiert. Denkbar sind z.B. sport- und bewegungsbezogene, jugendkulturell geprägte, bildungsorientierte oder erlebnispädagogische Maßnahmen und Programme. Elemente von beispielsweise Mediation, Streitschlichtung, antirassistischen und interkulturellen Trainings, Anti-Gewalt-Trainings und von Schulungen sozialer und personaler Kompetenzen kommen insoweit zum Zuge wie sie als hinreichend positiv evaluiert für die Bearbeitung, insbesondere den Abbau von extremistischen bzw. menschenfeindlichen Orientierungen und Gewalt gelten können (vgl. dazu Möller 2002b). Solche Projekte können auch in Zusammenarbeit mit Schulen im unterrichtlichen oder außerunterrichtlichen Bereich erfolgen.

Projekte erfüllen nicht zuletzt die Funktion, Mitglieder von extrem rechts bzw. menschenfeindlich orientierten Cliquen und Szenen über die Gemeinsamkeit von Interessen mit Personen zusammenzubringen, die außerhalb des recht(sextrem)en bzw. menschenfeindlichen Milieus stehen. Soweit es sich dabei um altersmäßig und sozial ähnlich gestellte Menschen mit allerdings demokratischer politischer Grundhaltung und Gewaltferne handelt, sind Ansatzpunkte für peer-education greifbar und können diese ggf. gezielt weiter verfolgt werden. Über die Herstellung von Kontakt und Kommunikation zu Peers außerhalb von Clique und Szene können in dieser

Weise neue Integrationschancen im Sinne neuer Zugehörigkeiten, Partizipationsbezüge und Anerkennungsverhältnisse als potentielle Distanzierungsfaktoren ins Spiel gebracht und ausgebaut werden.

4.1.6 Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinwesenarbeit ist im Rahmen unseres Ansatzes erforderlich, weil unzweifelhaft davon auszugehen ist, dass die Probleme, die Jugendliche machen, ganz wesentlich mit jenen Problemen zusammenhängen, die sie haben. Menschenfeindliche, extremistische und gewaltförmige Einstellungs- und Verhaltensweisen junger Leute sind nicht schlicht als individuelle Verfehlungen zu verstehen, sondern entstehen aus den Sozialisationskontexten heraus, die der nachwachsenden Generation von der Erwachsenenengesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Deshalb kommt neben Familie, Schule und anderen wichtigen Sozialisationsinstanzen und Institutionen auch dem Gemeinwesen als Ganzem Verantwortlichkeit zu. Vereinigungen, Vereine und Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und andere gesellschaftlich relevante Gruppen bilden vor Ort, d. h. im Bezirk, im Stadtteil und im Wohnquartier, das, was man Bürger- oder Zivilgesellschaft nennt. Deren Engagement ist auch in Richtung auf eine sozialraumbezogene Bekämpfung von Rechtsextremismus bzw. Menschenfeindlichkeit zu aktivieren bzw. zu unterstützen (vgl. auch etwa die entsprechende Anlage der Bundesprogramme zur Bekämpfung von Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, insbesondere des Programms „Civitas“). Dies ist vonnöten, damit die professionelle sozialarbeiterische/-pädagogische Arbeit mit problematischen Einzelfällen und Cliques von Jugendlichen nicht isoliert von ihrer Um- und Mitwelt geschieht, sondern in umfassendere Prozesse der (Wieder-)Herstellung von sozialer Integration sowie der Demokratisierung des Alltags und der Lebenswelt eingebunden werden kann.

Neben der Herstellung von Transparenz über die aufsuchende Arbeit für die BewohnerInnen des Gemeinwesens, der dauerhaften Kooperation mit Einrichtungen und Institutionen im Sozialraum, der regelmäßigen Teilnahme an und aktiven Mitarbeit in Stadtteilgremien und Arbeitskreisen wird über Gemeinwesenarbeit nicht zuletzt auch ein Forum hergestellt, auf dem Interessenskonflikte zwischen Jugendlichen und Teilen des Gemeinwesens (etwa Probleme des Sich-belästigt-Fühlens von Anwohnern durch lautes und provokantes Auftreten von Jugendlichen) professionell moderiert und ihre Bearbeitungen konstruktiv gesteuert werden können. Die auf Ausgleich ausgerichtete Beteiligung der Betroffenen vermag konkret erlebbare Formen von kommunikativer Verständigung und wechselseitigem Respekt zu verschaffen. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, ihre Anliegen und Bedürfnisse an die richtigen Adressaten verbal zu formulieren, statt ihren Unmut beispielsweise ausschließlich in gewalttätigem Verhalten zu entladen. Indem Erwachsene sie ernst nehmen und ihnen zuhören, erfahren sie auch ihre Zugehörigkeit zum Gemeinwesen.

Ist Gemeinwesenarbeit also bereits in der Hinsicht Öffentlichkeitsarbeit, dass sie eine kommunikative Plattform für die Vermittlung der Bedürfnisse und Problemlagen von Jugendlichen in die (erwachsene) Öffentlichkeit vor Ort herstellt, so findet Öffentlichkeitsarbeit darüber hinaus auf zwei

weiteren Ebenen statt: Sie richtet sich an die allgemeine Öffentlichkeit im Sozialraum (AnwohnerInnen, Vereinigungen, Institutionen, andere Jugendliche etc.), um die Arbeit der Fachkräfte transparent zu machen und für vielfältige Kooperationen zu öffnen. Und sie ist an die Fachöffentlichkeit adressiert. Hier geht es darum, analysierte Entwicklungen und Veränderungen des Arbeitsfeldes sowie den Arbeitsansatz selbst darzustellen und im diskursiven Austausch mit Professionellen weiterzuentwickeln.

4.1.7 Kooperative Vernetzung

Soziale Arbeit, die auf die Integration von Einzelnen in demokratische und gewaltdistanzierte soziale Bezüge zielt und darüber hinaus ein integratives Gemeinwesen zu schaffen sucht, in dem soziale Netzwerke den Individuen und Kleingruppen Rückhalt zu geben vermögen, ist darauf angewiesen, in doppelter Hinsicht Netzwerkarbeit zu betreiben:

Zum einen sind die Milieus der AdressatInnen, die besonders im Falle extremistisch und menschenfeindlich orientierter Gruppierungen meist Tendenzen zu hermetischer Abschottung nach außen aufweisen, mit Netzwerkanschluss zu versehen (vgl. auch Böhnisch 1994, 1997). D.h. über die Gemeinsamkeit von Interessen zwischen Angehörigen dieser Milieus und Außenstehenden werden Kontakte aufgebaut, die gleichsam Brücken in die (demokratische) Außenwelt schlagen. Dadurch öffnen sich Wege zu milieungebundenen Kommunikations- und Interaktionsformen, die zunächst einen Kontaktfaden spinnen lassen, auf Dauer jedoch zum Anstoßen von Reflexionen und – auch politischen – Neuorientierungen genutzt werden können.

Zum anderen muss Soziale Arbeit sich selber vernetzen, d.h. nachhaltig in Foren des Informationsaustausches und in Kooperationsbezüge einbinden, die von professionellen Fachkräften und Einrichtungen unterschiedlicher Felder sozialer, kultureller und pädagogischer Arbeit untereinander oder auch von diesen mit Behörden, Polizei, zivilgesellschaftlichen Akteuren etc. gebildet werden – auch über das jeweilige Gemeinwesen hinaus. Ein gelingendes Zusammenwirken ermöglicht ein aufeinander abgestimmtes, Reibungsverluste vermeidendes und Synergieeffekte nutzendes Vorgehen. Um Desintegrationserfahrungen auffangen zu können und die Integrationsqualität des Gemeinwesens zu verbessern, ist es geradezu unerlässlich. Speziell können für die AdressatInnen neue Zugänge zu Erfahrungen von Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung geöffnet und damit funktionale Äquivalente für die darauf bezogenen Offerten rechtsextremer Kreise entwickelt werden.

4.2 Arbeitsphasen

Die in den genannten Arbeitsbereichen zu entfaltenden Aktivitäten realisieren sich schrittweise. Folgende Arbeitsphasen werden notwendig:

- Eruierungs- und Kontaktierungsphase
- Phase des Vertrauensaufbaus
- Phase der Konsolidierung

- Ablösungsphase

4.2.1 Eruierungs- und Kontaktierungsphase (ca. 3-4 Monate)

Ausgangspunkt für den Beginn der pädagogischen Arbeit nach dem Distanzkonzept bildet immer eine Eruierungsphase in den Bezirken, Stadtteilen bzw. Quartieren, in denen eine ältere rechtsextreme und menschenfeindliche Szene präsent ist. Dabei steht die Sozialraumanalyse (s.o.) im Mittelpunkt. Hierzu wird der entsprechende Sozialraum zunächst zu unterschiedlichen Tageszeiten aufgesucht. Kontakte zu sozialen Einrichtungen, zur Polizei, den Ortsämtern usw. werden aufgenommen, einschlägig relevante Daten gesammelt, Gespräche mit Anwohnern geführt und Jugendliche befragt. Aus den Ergebnissen lassen sich Rückschlüsse auf die Art der Präsenz, die Agitationsweise, den Aktionsradius und den Einfluss der rechtsextremen Szene auf Jugendliche im Sozialraum ziehen. Auch wird in der Regel deutlich, welche Jugendlichen bereits in engerem Kontakt zu dieser Szene stehen, aber auch wo eventuell bereits Distanzierungsprozesse eingesetzt haben, an denen sich sozialarbeiterisch anknüpfen lässt. Die ersten Kontakte zu gesellschaftlich relevanten Gruppen, sozialen und pädagogischen Einrichtungen und Institutionen des Sozialraums können der Einleitung von Gemeinwesenarbeit wie der späteren kooperativen Vernetzung dienlich sein und bilden erste Schritte eigener Öffentlichkeitsarbeit im Sinne eines Sich-bekannt-Machens im Viertel. Für die Sicherstellung der konkreten Problembezogenheit der weiteren pädagogischen Arbeit ist es wichtig, die Eruierungsphase zu dokumentieren und ihre Resultate in einem kleinen Bericht festzuhalten.

Auf der Basis der so gewonnenen Erkenntnisse geschieht in der Folge - je nach Sachlage und Zugangsmöglichkeiten aber auch schon im Rahmen der Eruierungsphase - der Kontaktaufbau zur Zielgruppe. Hierzu wird vor allem Streetwork betrieben (näher dazu s.o.). Es werden im möglichst gemischtgeschlechtlich zusammengesetzten Zweierteam ihre einschlägigen Treffpunkte (z.B. Plätze, Parks, Kneipen), aber auch nach Absprache Schulhöfe aufgesucht. Die Rolle der Streetworker wird vorgestellt, erste, meist noch lose Kontaktfäden werden geknüpft. Politische Themen bleiben eher im Hintergrund. Wenn eine grundsätzliche Akzeptanz der Streetworker quasi als ‚Gäste‘ in der Lebenswelt der Jugendlichen erreicht ist, gilt diese Phase als abgeschlossen. Ihre Länge richtet sich nicht zuletzt danach, wie abgeschottet sich die jeweiligen Gruppen von Jugendlichen geben und wie stark die etablierte rechtsextreme Szene begrenzenden Einfluss auf die Kontakte der Jugendlichen nimmt.

4.2.2 Phase des Vertrauensaufbaus (3-6 Monate)

Als zeitweilige Gesprächspartner von den Jugendlichen dort zugelassen zu werden, wo sie ‚das Sagen haben‘ oder sich zumindest relativ zwanglos verhalten können, also in ihrem Rekreations- und Freizeitbereich und an ihren Treffpunkten, bedeutet noch nicht, in irgendeiner Weise gestaltend oder beeinflussend tätig werden zu können. Um diesbezüglich schrittweise voranzukommen, bedarf es erfahrungsgemäß einer längeren Phase des Vertrauensaufbaus, die jedoch - abhängig von der Offenheit der AdressatInnen - von recht unterschiedlicher Dauer sein kann. Die

SozialarbeiterInnen haben sich dabei aus der Sicht der Jugendlichen nicht nur als verlässliche und gut erreichbare ZuhörerInnen, sondern auch als Personen zu bewähren, deren regelmäßige Anwesenheit und deren Kennen konkreten Nutzen bringt. Entsprechende Erfahrungen können vor allem über die Vermittlung attraktiver Freizeitangebote, die Öffnung von Zugängen zu Räumen und eine Art von effektiver ‚Erster Hilfe‘ in akuten Problemsituationen Einzelner eingeleitet werden. In dieser Phase kommen also noch relativ unverbindliche Projektangebote und erste Ansätze von Cliques- bzw. Szenearbeit wie Einzelfallhilfe zum Tragen. Zeitlich parallel werden die Gemeinwesenkontakte ausgebaut und intensiviert und erste Kooperationen unternommen, um auch zu diesen Akteuren vertrauensvolle und langfristig tragfähige Beziehungen aufzubauen.

4.2.3 Phase der Konsolidierung (12–24 Monate)

Je mehr sich die Beziehungen zwischen Fachkräften und Jugendlichen stabilisieren und die aufsuchende Jugendarbeit als Vernetzungsagentin und Kooperationspartnerin im Sozialraum etabliert ist, desto intensiver können aussichtsreiche Angebote gemacht und Hilfen intensiviert werden. Letzteres gilt insbesondere für Hilfen bei politisch relevanten Um- und Ausstiegen. Hat sich Soziale Arbeit aus der Perspektive der Betroffenen erst als Alltags- und Sozialisationshilfe bewährt, dann wird ihr erfahrungsgemäß auch zunehmend Offenheit im Hinblick auf die Diskussion und Reflexion politisch relevanter Fragen und Positionierungen entgegengebracht (vgl. auch Krafeld/Möller/Müller 1993). Insofern liegt der Schwerpunkt politischer Diskussion und Bildung in der Phase der Konsolidierung der Arbeitsbeziehung. Dies heißt nicht, dass nicht auch schon vorher Gesprächsanlässe über politische Themen, insbesondere über Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit, genutzt werden und sich die SozialarbeiterInnen mit ihrer demokratischen Haltung als diskursive Reibungsflächen anbieten. Gezielte Maßnahmen und auf Kontinuität hin angelegte Projekte mit explizit politischem Gehalt werden aber erst jetzt unternommen, jedenfalls sofern nicht entsprechender Bedarf bereits vorher von Seiten der AdressatInnen angemeldet wird. Diese Angebote müssen jedoch weiterhin von kompetenzförderlicher fachlicher Unterstützung bei individuellen Problemlagen, von Cliquesarbeit bzw. Gruppenarbeit, von Begleitungen und Moderationen von Auseinandersetzungen mit anderen Jugendlichen und Erwachsenen sowie von Aktivitäten der Gemeinwesen- und Vernetzungsarbeit – diese vor allem zur An- und Einbindung von Jugendlichen in vorhandene demokratische Strukturen (z.B. Vereine, Verbände, Freizeitgruppen) – flankiert werden, damit die nach und nach in den Hintergrund gedrängte und im günstigsten Fall ganz wegbrechende Integration in das recht(sextrem)e bzw. menschenfeindliche Spektrum durch subjektiv als gleichwertig erachtete Angebote aufgefangen werden kann. Insofern liegt hier auch der Schwerpunkt des Angebots von neuen Zugängen und Zugehörigkeiten zu sozialen Bezügen, von neuen Möglichkeiten, Partizipation zu erfahren und von biographisch bislang nicht entdeckten Formen des Erwerbs von Anerkennung. Die Vermittlung von Cliquesräumen, das Aushandeln von Nutzungsregelungen und die sukzessive Übergabe von Verantwortlichkeit für diese Räume kann dabei in besonderer Weise

einerseits einen Ruhepol schaffen, in dem sich die jeweilige Clique ohne den vorher meist vorhandenen ‚Stress‘ mit Außenstehenden als Gruppe finden, andererseits über die Regelung von Kommunikationsweisen, Konflikten und Alltagsentscheidungen, die mit der Raumnutzung und mit Raumzugängen zusammenhängen, auf alltagsdemokratische Weise in den Nutzen von verständigungsorientierter, konstruktiver und gewaltfreier Interaktion Einsicht verschaffen kann.

4.2.4 Ablösungsphase (3–6 Monate)

Professionelle Soziale Arbeit verfolgt das Ziel, sich selbst überflüssig zu machen. Wenn mithin die aufsuchende Arbeit in rechts(extrem) orientierten Gruppierungen bei ihrer Zielgruppe eine Distanzierung von menschenfeindlichen Orientierungen und Verhaltensweisen erreicht hat, kann sie ihre Arbeit an dieser Stelle einstellen. Dies kann nicht ‚von heute auf morgen‘ erfolgen, weil die AdressatInnen erfahrungsgemäß erst allmählich und schrittweise an Eigenständigkeit in ihrer Lebensführung herangeführt bzw. unter Umständen auch an andere Stellen vermittelt werden und langfristige Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und anderen Trägern sozialer und pädagogischer Arbeit erst nach und nach auslaufen können. Allerdings ist aufsuchende Arbeit nicht nur im Erfolgsfall einzustellen. Wenn sich erweisen sollte, dass mit bestimmten Personen oder Personengruppen keine Konsolidierung der Arbeitsbeziehung herzustellen ist und keine erfolversprechende Aussicht auf die Initiierung von Distanzierungsprozessen zu rechtsextremistischen bzw. menschenfeindlichen Orientierungen und Gewaltakzeptanzen besteht (Gründe könnten z.B. in einer mit allen sozialarbeiterischen Mitteln nicht zu verhindernden organisatorischen Einbindung in die rechtsextreme Szene liegen), so muss sie abgebrochen werden. Nur so können Kapazitäten für eine Soziale Arbeit mit jenen frei werden, die sich in anderen Sozialräumen als anfällig erweisen, aber sich sozialarbeiterischem und pädagogischem Einfluss nicht entziehen.

5. Rahmenbedingungen

Für die Qualität der Arbeit und die Umsetzung der oben genannten Ziele sind die folgenden Rahmenbedingungen notwendig:

5.1 Personelle Voraussetzungen

Die Arbeit im Team ist grundsätzlicher Standard für die Aufsuchende Jugendarbeit. Die Kontaktaufnahme zu fremden Cliquen und Szenen erfolgt, aufgrund der ungeschützten Situation (SozialarbeiterInnen sind Gast in der Lebenswelt der Jugendlichen) immer mindestens zu Zweit. Ohne Teamarbeit ist auch eine kontinuierliche Präsenz in der Szene nicht realisierbar. Die Besetzung der Teams sollte in der Regel gemischtgeschlechtlich erfolgen. Bundesweit besteht unter Fachleuten Einigkeit darüber, dass aufsuchende Arbeitsansätze nicht durch ABM-Maßnahmen oder andere Zeitverträge erfolgreich zu realisieren sind, u.a. deshalb, weil sie auf langfristige Einwirkungen setzen und es mit einem Klientel zu tun haben, dessen private

Kontexte von hoher Beziehungsfluktuation gekennzeichnet sind und dessen Vertrauen in pädagogische und soziale Einrichtungen sowie die Kontinuität ihrer Hilfen oft nachhaltig gestört ist. Eine tarifgerechte Bezahlung nach BAT-IVb/IVa ist unerlässlich (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit 1998). Geeignete Honorarkräfte sollten bei speziellen projektförmigen Aktivitäten oder Dienstleistungen eingesetzt werden können. Es wird davon ausgegangen, dass Overhead-Leistungen für Personalverwaltung und Grundausstattung gesichert sind.

5.2 Materielle Erfordernisse

Der Mobilität und der Lebenswelt der Szene entsprechend wird die flexible Nutzung eines Fahrzeuges (Kleinbusses) benötigt. Dieses dient auch dazu, bedarfsgerecht und spontan Ausflüge zu realisieren und Jugendlichen darüber Einblicke in ihnen bisher unbekanntere Lebensrealitäten zu ermöglichen. Die Ausstattung mit Handgeldern sowie mit mobil einsetzbaren Arbeitsmaterialien, wie Bällen, Büchern, Schreibutensilien etc. sind im Konzept der aufsuchenden Jugendarbeit festgelegt und haben sich im Rahmen bestehender Projekte in Bremen bewährt. Die MitarbeiterInnen müssen für die Zielgruppen sicher erreichbar sein. Handys gehören daher zur technischen Mindestausstattung.

Die Bereitstellung eines Beratungsraumes in der Nähe von Szene- und Cliquentreffs ist darüber hinaus wünschenswert. Dieser dient als Anlaufstelle (nicht nur) für die Jugendlichen im Stadtteil. Er schafft unaufdringliche Gelegenheitsstrukturen zur Aufnahme von Kontakt zu sozialen Fachkräften im Quartier und niedrige Schwellen zur Durchführung von Beratungen.

5.3 Fachliche Begleitung/Reflexion

Interne Praxisberatung ist notwendig. Speziell zur Verarbeitung problematischer Situationen ist die Möglichkeit zur Supervision bereitzustellen. Selbstevaluation ist wichtiger Bestandteil des Konzepts zur Sicherung und Verbesserung der Arbeitsqualität.

6. Konzeptevaluation und Qualitätsentwicklung

Um die Erreichung der gesteckten Ziele überprüfen und die Qualität des Konzepts kontinuierlich weiterentwickeln zu können, ist eine wissenschaftlich orientierte Evaluation des Ansatzes der Erzielung von Distanz(ierung) durch Integration notwendig. Dies gilt um so mehr, als es sich um einen innovativen Ansatz mit möglicher Modellfunktion für verwandte Arbeitsbereiche der pädagogischen und sozialarbeiterischen Bearbeitung von Syndrombestandteilen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt auch evtl. über Bremen hinaus handelt. Evaluation erhält daneben zusätzliches Gewicht durch den Umstand, dass sie nicht allein für Ansätze und Projekte der aufsuchenden Arbeit mit recht(sextrem)en Jugendlichen, sondern auch für andere Herangehensweisen an diese Problematiken in

Deutschland insgesamt nur höchst unzureichend vorliegt (vgl. Wagner/van Dick/Christ 2001; Möller 2002b). Dieser missliche Umstand hat zur Folge, dass einerseits über Wirkungen und Erfolge eher spekuliert als kontrolliert Auskunft gegeben werden kann und andererseits wichtige Optimierungschancen professioneller Arbeit ausgeblendet bleiben. Der innovative, potenziell modellhafte Charakter des Gesamtkonzepts spiegelt sich insofern auch durch die Einrichtung einer adäquaten Evaluation wieder. Für sie sind die nötigen Ressourcen bereitzustellen.

Für die hier in Rede stehenden Zwecke wird eine Kombination aus formativer und summativ-bilanzierender Evaluation⁶ in Gestalt einer wissenschaftlichen Begleitforschung für am sinnvollsten gehalten. Durch die Berücksichtigung beider Aspekte und den Begleitcharakter soll sichergestellt werden, dass Erkenntnisse sowohl über den (intendierten) „Output“ und (den möglicherweise in Teilen auch unbeabsichtigten) „Outcome“ der Arbeit als auch über mögliche Prozessverbesserungen schon im Laufe der Arbeit und nicht erst nach ihrem Abschluss gewonnen und genutzt werden können. Verfahren der Selbstevaluation, die die Einschätzungen der beteiligten Fachkräfte einholen, sollten mit Vorgehensweisen einer unabhängigen externen Evaluation kombiniert werden. Dabei ist auch daran zu denken, Elemente von Praxis- bzw. Handlungsforschung zu nutzen, etwa in der Weise, dass Recherche- und Dokumentations-Projekte initiiert werden, an denen Praxis-Fachkräfte, AdressatInnen und EvaluatorInnen gemeinsam arbeiten (z.B. Videodokumentationen über die Lebenssituation von Jugendlichen im Stadtteil; Interviews mit Schlüsselpersonen etc.) und so Synergieeffekte für die Praxis wie die Untersuchung von integrativen Prozessen der Entwicklung von Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung produzieren.

Literatur:

- Agentur für Soziale Perspektiven e.V. (Hg.): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Berlin 2002
- Anhut, Raimund/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim und München 2000, 17-75
- Beywl, Wolfgang/Schepp-Winter, Ellen: Zielfindung und Zielklärung – ein Leitfaden. Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe QS 21. Bonn 1999
- Beywl, Wolfgang/Schepp-Winter, Ellen: Zielgeführte Evaluation von Programmen – ein Leitfaden. Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe QS 29. Bonn 2000

⁶ Man versteht unter Evaluation im wissenschaftlichen Bereich „eine systematische, auf vorliegenden oder neu erhobenen Daten beruhende Beschreibung und Bewertung von Gegenständen der sozialen Wirklichkeit“ (Beywl/Schepp-Winter 2000, 17), die dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Forschungsmethoden und -techniken angepasst ist (vgl. auch Wottawa/Thierau 1990).

Grundsätzlich hat sich eine Unterscheidung zwischen einem "formativen" Evaluationstypus (auch "prozessorientierte" Evaluation oder "Programm-" bzw. "Gestaltungsevaluation" benannt) und einem "summativen", "bilanzierenden" Evaluationstypus (auch als "produktorientierte" Evaluation oder "Ergebnisevaluation" bezeichnet) eingebürgert. Das Interesse formativer Evaluation ist auf die Schaffung von Optimierungsgrundlagen für den Evaluationsgegenstand gerichtet. In Hinsicht auf Maßnahmen und Maßnahmenbündel steht hier entweder die Frage adäquater Planung, geschickter Implementierung oder optimaler Organisation im Vordergrund. Summativ-bilanzierende Evaluation soll demgegenüber vorrangig der Entscheidung über Fortführung, Beendigung, Ausweitung oder Rückbau und ggf. der Auswahl zwischen alternativen Wegen der Zielerreichung dienlich sein.

- Böhnisch, Lothar: Gespaltene Normalität. Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Weinheim und München 1994
- Böhnisch, Lothar: Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. Weinheim und München 1997
- Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit: AG Fachliche Standards für Streetwork/Mobile Jugendarbeit, Qualitätsmerkmale, Rahmenbedingungen, Qualitätssicherung. 1998
- Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2002. Berlin 2003
- Bundesministerium des Innern (Hg.): Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin 2004
- Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Jugendarbeit. Opladen 1999
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster 2002
- Fuchs-Heinritz, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hans: Lexikon zur Soziologie. 3. Auflage. Opladen 1994
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1981
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt am Main 2002
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt am Main 2003
- Krafeld, Franz-Josef: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen 1996
- Krafeld, Franz-Josef/Möller, Kurt/Müller, Andrea: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze - Erfahrungen - Perspektiven. Bremen 1993
- Krafeld, Franz-Josef: Grundlagen und Methoden aufsuchender Jugendarbeit. Eine Einführung. Wiesbaden 2004
- Leithäuser, Thomas: Ergebnisse einer Bremer Schülerbefragung zum Thema Gewalterfahrungen und extremistische Deutungsmuster, Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen, 2003
- Lockwood, David: Sozial- und Systemintegration. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien sozialen Wandels. Köln/Berlin 1969, 124-137
- Loh, Hannes/Güngör, Murat.: Fear of a Kanak Planet. HipHop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap. Höfen 2002
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen. Weinheim und München 2000
- Möller, Kurt: Anerkennungsorientierung als pädagogische Antwort auf den Konnex von Männlichkeit und Gewalt - Grundlegende Skizzen. In: Hafeneeger, Benno/Henkenborg, Peter/Scherr, Albert (Hg.): Pädagogik der Anerkennung, Schwalbach 2002, 249-268 (a)
- Möller, Kurt: Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt vor dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegrationsprozessen. Esslingen und Bielefeld 2002 (Expertise für das BMBF) (b)
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin 2004
- Speit, Andreas (Hg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsbogen rechter Ideologien. Münster 2002
- Senator für Inneres, Kultur und Sport: Verfassungsschutzbericht 2002. Bremen 2003
- Senator für Inneres, Kultur und Sport: Verfassungsschutzbericht 2003. Bremen 2004
- Wagner, Ulrich/van Dick, Rolf/Christ, Oliver. Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit. In: Polizei und Wissenschaft 2/2002, 33-42
- Wahl, Klaus/Gaßebner, Martina/Kleinert, Corinna/Renninger, Suzann-Viola: Erster Sachstandsbericht zur Arbeit am Gutachten „Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz“ innerhalb des Programms „Erfolgreiche Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann-Stiftung. München 2003 (Mscr.)
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 5. Auflage 1980
- Wottawa, Heinrich/Thierau, Heike: Lehrbuch Evaluation. Bern, Stuttgart, Toronto 1990
- Zentrum Demokratische Kultur: „...dann hab' ich mir das Hitlerbärtchen abrasiert.“ Exit - Ausstieg aus der rechtsextremen Szene. Bulletin 2/2002. Leipzig 2002

Kontakt:

VAJA e.V.
Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliquen
Eduard-Grunow-Str. 24
28203 Bremen
tel. 0421/76266
fax 0421/76252
recl@vaja-bremen.de
www.vaja-bremen.de

Prof. Dr. Kurt Möller
Hochschule für Sozialwesen
Flandernstr. 101
73732 Esslingen
tel. 0711/3974588
fax 0711/3974595
moeller@hfs-esslingen.de